



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Anzeigengebühr für den Raum einer kleinen Seite 30 Pf., für Anzeige aus Schlesien u. Polen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 25. Morgen-Ausgabe.

Siebziger Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Berlag.

Freitag, den 11. Januar 1889.

Zur Anklage gegen Morier.

Es verdient eine reisliche Prüfung, ob, da jene Partei nun doch einmal an der Entwicklung und Geltendmachung ihrer Theorie vor dem Publikum nicht gehindert werden mag, es nicht ratsam wäre, sie gleichfalls, nach dem Beispiele der englischen und französischen Regierungen, in ihren Grundsätzen, in ihren Leitern und Organen einer strengen, aber fröhlichen öffentlichen Discussion zu unterwerfen, als es nicht allzu schwer sein dürfte, gegen jene Grundsätze und Einrichtungen bei den besonnenen und richtig urtheilenden Deutschen die National-Eitelkeit und Ehre ins Spiel zu bringen, indem man dieselben als von einer nebenbuhlerischen Nation ausgehend, durch Bildung von Parteien im Sinne des Auslandes wirkend darstellt".

Diese in echten Bureaucraten-Nothwälch ausgesprochenen Gedanken finden wir in einer preußischen geheimen Denkschrift vom Jahre 1822. Aber jene Taktik der Demagogenreicher ist auch heut noch an der Tagesordnung. Wer nicht einen Fremden ohne einen Schatten von Beweis für einen Schurken erklärt, sobald ein "nationales" Blatt ihn mit Verleumdungen überschüttet, der steht im Solde des Auslandes und wirkt im Sinne des Auslandes. Der Verleumder selbst glaubt nicht daran, und die Auguren lächeln, wenn sie sich begegnen. Aber der Zweck heiligt die Mittel. Man stachelt die National-Eitelkeit an, verleumdet und — Etwas bleibt immer hängen.

Um nicht in dem neuerlichen Wettkampf um die Palme ganz in das Hintertreffen zu kommen, springt die Kreuzzeitung den sonst von ihr nicht besonders geliebten Cartellblättern bei. Die "Königliche Zeitung" hat den Brief Bazaines vom 8. August 1888 als "in einem sehr unfranzösischen Französisch abgeschafft" gefunden, und die freisinnige Presse, welche „bedingungslos für das Ausland Partei nimmt“, geht darüber „mit lautlosem Schweigen“ hinweg. Diese Thatsache ist offenbar von Bedeutung. Und das Junkerblatt redet dann davon, daß bei der deutschen Presse kein „Gefühl der Solidarität“ vorhanden sei, und selbst einzelne "nationale" Blätter thun, als hätte man im Falle Morier etwas zu entschuldigen.

Die Leistungen der "Königlichen Zeitung" auf dem Gebiete der höheren Sachforschung konnten allerdings in der deutschen Presse kaum andere Gefühle als Heiterkeit oder Mitleid erwecken, nachdem dieselbe "Königliche Zeitung" in dem Leichenzug des Herrn Gudes einen „Monsieur Corbillard“ erfunden hatte. Überdies aber ist das „unfranzösisches Französisch“ für die Sache selbst völlig gleichgültig. Denn welchen Unterschied macht es, ob ein altersschwacher, gebrochener Mann, der längst um die Mittel zur Fristung seines Daseins bei allen möglichen Menschen, selbst bei seinen Gegnern, auch bei dem Prinzen Friedrich Karl, bettelte, einen Brief selbst in gutem Französisch schrieb oder von einem Andern, etwa einem Spanier seiner Umgebung, in schlechtem Französisch abschaffen ließ und unterzeichnete? Bazaine war 77 Jahre alt und starb wenige Monate später. Oder will etwa die Kreuzzeitung, nachdem die Anklage des Berraths elend verunglückt ist, Sir Robert Morier wenigstens der Brieffälschung anklagen?

Hoffentlich ist die deutsche Nation in dem Maße von der "National-Eitelkeit" noch nicht ergrisen, daß sie sich mit jedem deutschen Verleumder gegenüber jedem Ausländer solidarisch erklären könnte und sich jeder Wahrheit und Gerechtigkeit entschläge, wenn dieselbe einem Fremden zu Gute kommen könnte. Die Kreuzzeitung selbst erkennt an, „daß den Aussagen Bazaine's überhaupt kein Wert beizulegen ist, da seine Doppelzüngigkeit und Unzuverlässigkeit feststeht.“ Und gleichwohl soll die deutsche Nation auf eine einzige, widersprüchvolle und obenein abgeleugnete Erklärung derselben Bazaine einen unbescholtener Mann verurtheilen, weil er ein — Engländer ist? Eine solche Handlung würde von moralischem Fresein zeugen, wie es glücklicherweise bisher in Deutschland nicht epidemisch ist.

Für jeden unbefangenen Beurtheiler der Vorgänge leuchtet ohne Weiteres ein, daß die Neuherzung Bazaine's zu Herrn von Deines nur die Unzurechnungsfähigkeit des ehemaligen Marschalls bestätigt. Es ist einfach wahnwitzig, daß Bazaine erst am 16. August 1870 von dem Vormarsch der deutschen Heere gegen die Mosel erfahren haben soll. Die Christen Bazaine's bezeugen das Gegenteil. Er selbst hat noch im Jahre 1883 bei Gaspar in Madrid eine Schrift herausgegeben „Episodes de la guerre de 1870 et le blocus de Metz“, mit dem Motto: „Veritas vincit“. Und darin kann man von Bazaine selbst erfahren, daß er schon am 12. August wußte, was er nach der Mittheilung an Herrn von Deines erst am 16. August erfahren haben sollte.

An 12. August nämlich berieb Bazaine in der Präfectur zu Metz mit Napoleon, SanRobert und Charngarnier, wobei Letzterer erklärte, „daß wir nur nach Verdun gelangen könnten, wenn wir uns beeilten; denn der Feind würde vor uns in der Richtung auf Fresnes stehen, dessen Stellungen sehr schwierig zu nehmen seien.“ Nun zeigt ein Blick auf die Karte, daß Fresnes etwa auf dem halben Wege zwischen Metz und Verdun, zwischen Mosel und Maas liegt, die deutschen Truppen also, um nach Fresnes zu gelangen, die Mosel längst überschritten haben müssten. In der gab er sich wiederum zu dem Kaiser und — „drückte ihm meine Befehlshabenden, welche sie nur zu folgen brauchten, um zwischen Maas und Mosel, also auf unserer Rückzugslinie, Stellung zu nehmen.“ Bazaine hat also nach seinen eigenen Angaben ganz genau das Ziel der deutschen Bewegung erkannt und gekannt. Am 14. August hat bereits der Abzug der Armee Bazaine's nach Westen begonnen; an demselben Tage wurde zwischen ihm und Theilen der ersten und zweiten deutschen Armee um die Mosellinie gekämpft, und da — soll er erst zwei Tage später durch Morier von dem Vormarsch dieser Armeen nach der Mosel erfahren haben.

Nein, so völlig verbündet von Chauvinismus ist die deutsche Nation noch nicht, um derartige Tollheiten zu glauben, nur weil sie sonst beschuldigt werden könnte, dem Ausländer gegenüber die Solidarität zu verleugnen. Es gibt keinen wahren Patriotismus, der den Bürger hinderte, dem Ausländer Gerechtigkeit widerzufahren zu

lassen, oder ihn nötigte, in Verleumdungen gegen einen Ausländer einzustimmen, auch wenn dieselben offenbar widersinnig sind.

Deutschland.

Berlin, 9. Januar. [Staatsgeheimnisse.] Wenn in dem Tagebuche Kaiser Friedrichs Staatsgeheimnisse enthalten sein sollen, so darf man sich füglich wundern, wie die Tagebücher des Herrn Moritz Busch oder die Denkwürdigkeiten des Hofräths Schneider endlich diejenigen des ehemaligen Polizeidirectors Stieber der Deffentlichkeit übergeben werden durften und keine Staatsprocesse zur Folge hatten. Denn in diesen Werken werden ungleich mehr Geheimnisse enthüllt als in dem Tagebuche, welches Herr Geschke veröffentlicht hat. Herr Stieber insbesondere ergibt durch seine naiven Betrachtungen über die bedenklichsten Dinge. So erzählt er, daß er Ende Juli 1870 auf Befehl des Fürsten Bismarck auf einige Tage nach der Schweiz ging, „um da mit seinen französischen Agenten, mit denen er sich auf dem neutralen Boden der Schweiz ein Rendezvous gegeben, zu conferiren und von diesen ihre neuesten Beobachtungen der politischen und militärischen Situation Frankreichs zu erfahren“. Er erzählt sehr harmlos, daß der während der Belagerung von Metz vielgenannte, während des Processe Bazaine vielgesuchte Herr Reigner einer seiner Agenten gewesen sei. Herr Stieber berichtet auch von der Aneignung der Hof- und Militärpartei gegen die Annahme der Kaiserkrone durch König Wilhelm sehr naiv, ebenso von Plünderungsversuchen, von Conflicten zwischen Bismarck und der Militärpartei; er erzählt auch, daß sich durch die Kaiser-Proclamation das Verhältniß des Kanzlers zu dem Kronprinzen wesentlich geändert habe. Ebenso harmlos erklärt er, daß er nach der Rückkehr von Frankreich die Leitung des Central-Nachrichten-Bureaus wieder übernommen habe: „Welfen-Untrübe waren nicht mehr zu erforschen und zu unterdrücken, und andere staatsgefährliche und strafbare Agitationen waren nicht zu bekämpfen. Das Central-Nachrichten-Bureau richtete nunmehr seine Thätigkeit gegen die socialdemokratische und die ultramontane Bewegung.“ Diese Harmlosigkeiten sind vielleicht nicht unbedenklicher als die Mittheilung in dem Tagebuche Kaiser Friedrichs, daß der Kanzler zu dem Großherzog von Baden gekürt haben sollte, er werde nach dem Kriege gegen die Unfehlbarkeit vorgehen. Indessen, das sind noch weitaus nicht die interessantesten Mittheilungen, welche Herr Stieber macht. Es wird gut sein, jene Denkwürdigkeiten wieder einmal zu lesen, und man wird staunen, wie große Geheimnisse unbehelligt enthüllt und wie kleine so entschieden bekämpft werden konnten!

[Betreffs der Artillerie-Borlage] hört die „B. B. Z.“, daß geplant ist, pro Corps zwei reitende Batterien zu bilden.

[Die Versorgung der Hinterbliebenen der evangelischen Geistlichen] wie sie in der Generalsynode der evangelischen Landeskirche im Jahre 1885 berathen worden ist, wird, wie die Kreuzzeitung hört, voraussichtlich noch in der laufenden Session des preußischen Landtages zur Erledigung gelangen. Das von der Generalsynode angenommene bezügliche Kirchengesetz konnte deshalb noch nicht in Kraft treten, weil ein staatlicher Zuschuß erforderlich war, über welchen eine Vereinbarung der kirchlichen Organe mit dem Staate vorhergehen mußte. Für diesen Zuschuß ist die Genehmigung des Landtags erforderlich. Wie bereits gemeldet, ist die nothwendige Vereinbarung mit den Staatsbehörden am 16. December erfolgt. Im Cultusministerium sind nun die betreffenden Aufstellungen so rasch gefördert worden, daß die Erledigung der wichtigen Angelegenheit in der bevorstehenden Landtagssession sehr wahrscheinlich ist.

[Gegen den Pastor Paulsen] in Kropow in Schleswig ist die Disciplinar-Untersuchung eingeleitet worden aus Anlaß der Erörterungen, die derselbe wegen einer über ihn verhängten Ordnungsstrafe von 60 M. in dem von ihm herausgegebenen „Kropower Kirchl. Anz.“ über die Lage der lutherischen Kirche in Schleswig-Holstein veröffentlicht hat. In den Erörterungen hat P. Paulsen dagegen protestiert, daß der Cultusminister der höchste Vorgesetzte der lutherischen Geistlichkeit sei und uneingeschränkt in die innersten Fragen der Kirche und in die wesentlichsten Rechte des geistlichen Standes eingreifen könne. Als Grund der in Folge dessen wider P. Paulsen eingeleiteten Disciplinar-Untersuchung wird angegeben, daß der letztere durch jene Erörterungen „die Ererbietung gegen die Staatsregierung“ und sonderlich gegen den Cultusminister als seinen „höchsten Vorgesetzten“ verlebt habe. Mit Bezug darauf schreibt P. Paulsen in der letzten Nummer des „Kropower Anz.“ u. Ä.: „Wir werden niemals zugeben können, daß der Cultusminister ein Vorgesetzter der Kirche ist. Seine Majestät der König hat den Cultusminister ein beauftragt mit der Überwachung der Kirche und mit der Vertretung der staatlichen Interessen der Kirche gegenüber, aber nimmermehr hat derselbe damit ein Amt in der Kirche erhalten. Außerdem würde ich damit auch den lutherischen Charakter unserer Kirche vollständig aufgehoben, denn nach dem höchsten Vorgesetzten muß man doch wahrlich die ganze Kirche beurtheilen. Ist der unit, so ist auch die Kirche unit, denn ist das Oberhaupt eines Staates König, so ist der ganze Staat Königlich, ist das Oberhaupt Fürst, so ist der ganze Staat fürstlich, ist der höchste Vorgesetzte einer Kirche unit, so ist die ganze Kirche unit und man hätte also dann — und das ist die Wichtigkeit dieser Sache — bei uns so ganz leicht, ohne daß irgendemand darum gewahr würde, die Union einzuführen. Das ist eben der Brennpunkt der Frage und darum darf ich die Sache nicht todschweigen, denn die lutherische Kirche schwiebt in diesem Punkte in großer Gefahr.“

[Braunschweig, 9. Jan. Regenschaft und Thronerledigung.] Gerüchte, die mit ziemlicher Sicherheit aufgetreten, durchschwirren seit einigen Tagen Stadt und Land; sie besagen nichts Geringeres, als daß in nicht zu ferner Zeit der Regent des Herzogthums Braunschweig, Prinz Albrecht von Preußen, die Regenschaft niedergelegen und seine Hofhaltung nach der Reichshauptstadt verlegen werde. Wie wir vernnehmen, bildete bei der Gala-Hofstafel, welche am letzten Montag der Regent im Residenzschloß veranstaltete und zu welcher ein zahlreicher Kreis hoher Staatsbeamter versammelt war, bei zwangsläufigem Verkehr in engeren Kreisen jene Angelegenheit den eifrigsten Gesprächsstoff. Es wird behauptet, die Dinge lägen wie folgt: Kaiser Wilhelm II. bedürfe der Unterstützung in der Wahlnahme der auf ihm lastenden umfanglichen Repräsentationspflichten. Da nun Prinz Heinrich in Kiel residirt und dort auch zunächst verbleiben muß, die Prinzen Alexander und Georg ihrer Neigungen und namentlich ihres hohen Alters wegen zu dem fraglichen Zwecke nicht in Betracht kämen, der dann noch verbleibende der großjährigen preußischen Prinzen, Friedrich Leopold, noch sehr jung ist und einen besonderen Haushalt nicht besitzt, — so ist das Augenmerk des Kaisers auf den Prinzen Albrecht gefallen. Dieser befindet sich im 52. Lebens-

jahre, also im kräftigsten Mannesalter, besitzt eine große Hofhaltung und ein sehr bedeutendes Privatvermögen (von seiner Mutter, der Prinzessin Marianne der Niederlande, her), bekleidet die höchste militärische Würde, die eines Generalfeldmarschalls, und ist auch vom Kaiser Wilhelm I. mehrfach zur Vertretung des Monarchen in repräsentativen Obliegenheiten verwendet worden. Es ist also höchst wahrscheinlich, daß, wenn der Wunsch des Kaisers in der fraglichen Richtung einmal besteht, gerade der Prinz Albrecht vornehmlich in Betracht kommt. Soweit wären ja keine Schwierigkeiten vorhanden. Sie müssen sich aber sofort ergeben, so wie die Frage nach der Landesherrschaft Braunschweigs aufgeworfen wird. Und aufgeworfen muß sie in dieser Verbindung ja werden. Nun will man wissen, daß bereits ad hoc von Berlin aus Unterhandlungen mit dem Herzog von Cumberland gepflogen worden sind und noch werden, die darauf abzielen, die Hindernisse hinwegzuräumen, welche bisher der Thronbesteigung des Herzogs in Braunschweig im Wege standen. Angesichts des Opportunitätsstandpunktes, der heutzutage in unserem ganzen politischen Getriebe vorherrscht, würden wir, immer unter der gegebenen Voraussetzung, das Schweben solcher Verhandlungen für durchaus nicht unglaublich halten, ja, wir könnten uns sogar denken, daß es sehr wohl möglich sein könnte, ein Abkommen zu treffen, welches alle Scheide befriedigt. Im Lande Braunschweig würde man gegen den Herzog von Cumberland als Landesherrn wenig einzuwenden haben, wenn eine nothwendige Vorbedingung erfüllt wäre: es muß eine sichere Garantie im Sinne der Reichseinheit gegeben werden. Der Herzog müßte in aller und jeder Beziehung den gegenwärtigen Bestand des Reiches als gesegnähig anerkennen und verprechen, ein treuer Bundesfürst sein zu wollen. Er müßte deshalb jeden Gedanken auf die Wiedergewinnung Hannovers von sich weisen, dürfte sich auch nicht mit Personen umgeben, von welchen anzunehmen wäre, daß sie welschischen Bestrebungen und Zettelungen holt wären. Kurz und gut: der Herzog von Cumberland müßte, wollte er jemals den braunschweigischen Thron bestreiten, alles von sich und seiner Umgebung fernhalten, was befürchten lassen könnte, daß sein Hof der Mittelpunkt welschischer Agitationen werden möchte. Werden in dieser Beziehung ausreichende und sichere Garantien gegeben — und das ist ein unerlässliches Erfordernis — dann würde man im Lande Braunschweig kaum etwas dagegen einzuwenden haben, daß der Herzog bei Erledigung der Regentschaft den landesherrlichen Thron einnehme.

[Marburg, 7. Januar. Verhandlung gegen Dr. Böckel.] Am Freitag stand vor dem hiesigen Amtsgericht Termin gegen Dr. Böckel an. Derselbe war von seiner ehemaligen Haushälterin Eva Hilpert auf Zahlung von Alimenten für seinen aus dem intimen Verkehr mit ihr entflohenen Sohn, die er in Höhe von 30 Mark pro Monat bis zu dessen 14. Lebensjahr versprochen hatte, verklagt worden. Böckel war nicht erschienen, sondern ließ sich — wie die „Hrs. Ztg.“ berichtet — durch seine ihm vor noch nicht einem Jahre angetraute, vor wenigen Wochen mündig gewordene Gattin vertreten. Die Vertreterin schützte Namens ihres ehemaligen Mandanten vor, das Versprechen sei in Unkenntnis des Geistes gegeben worden. Bewußt Vernehnung weiterer Zeugen wurde die Verhandlung vertagt.

[Wiesbaden, 8. Januar. Ein angeblicher Fürstensohn.] Ein Landstreicher, in dem nach seiner eigenen Behauptung fürstliches Blut vollt, stand heute vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Seines Zeichens ist dieser angebliche Fürstensohn, der den profanen Namen Friedrich Christoph Höhne führt, Buch- und Steindrucker. Jedoch hat dieses Metier dem hochgeborenen Herrn sehr wenig behagt, er zog es vor, obwohl gänzlich ohne Mittel, von Ort zu Ort zu reisen und wurde so bereits 27 mal wegen Bettelns und Landstreichelei bestraft. Im November v. J. aus dem Gefängnisse entlassen, begab sich Höhne, der 42 Jahre alt und verheirathet ist, nach seinem Heimatorte Koblenz, um aber alsbald wieder den Wanderstab zu ergreifen. Lust zur Arbeit hat Höhne, wie er sagt, wohl, aber merkwürdiger Weise will sich nirgends Arbeit für ihn finden. In Koblenz hatte er gehört, daß es in Magdeburg tüchtig Arbeit gebe, und so machte er sich im November v. J. auf den Weg nach Magdeburg. Er wählte allerdings nicht den nächsten, er zog rheinaufwärts. In Braubach und St. Goarshausen arbeitete er auf der Verpflegungsstation je zwei Stunden, um Essen zu bekommen, und dann ging es weiter. In Rüdesheim wurde er in völlig zerlumpter Kleidung und voll Ungeziefer beim Betteln aufgegriffen, vor Gericht gestellt und wegen Landstreichelei zu 6 Monaten Gefängnis und zur Überweisung an die Landespolizeibörde verurtheilt. Gegen die letztere Bestimmung des Urteils richtete sich die von dem Angeklagten eingelegte, heute von der Strafanstalter des hiesigen Landgerichts verhandelte Berufung. Der Angeklagte, der mit philosophischer Ruhe auf den Anklagebank Platz genommen hatte, legte feierlich Protest dagegen ein, daß er ein Landstreicher sei. Lebriags heißt er eigentlich nicht Höhne, sondern er sei der Sohn eines der ersten Herrscher Europas und dessen Gemahlin, durch Vermittlung des Fürsten von H. sei er zu den Cheleuten Höhne nach Koblenz gebracht und von diesen als Kind angenommen worden, und es sei jetzt das letzte Mal, daß er unter dem Namen Höhne verurtheilt werde. Auch vor dem Amtsgerichte in Rüdesheim hatte Höhne diese Erklärungen über seine Abstammung zu Protokoll gegeben. Wie der Rüdesheimer, so ließ sich auch der hiesige Gerichtshof dadurch nicht impfen und verwarf die Berufung des Angeklagten.

Frankreich.

[Paris, 8. Januar. Die Kammern. — Die Wahl in Paris. — Eine Neuherzung Boulangers. — Die Staats-einnahmen.] Der Wiederzusammentritt der beiden Kammern ist am heutigen Tage ohne jeden bemerkenswerten Zwischenfall und ohne jede Demonstration erfolgt. Allerdings gab die Rede des Alterspräsidenten der Kammer, Blanc, welcher die Wahlen von 1885 als einen Irthum der Bevölkerung bezeichnete und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Franzosen bei den in diesem Herbste stattfindenden allgemeinen Wahlen sich nicht noch einmal von den Reactionären täuschen lassen werden, zu lebhaften Missfallensäußerungen der Rechten Veranlassung, die indessen keine weiteren Folgen nach sich zogen. Im Senat war diesmal der merkwürdige und seit dem Bestehen der dritten Republik noch nicht vorgekommene Fall eingetreten, daß ein Monarchist Mr. de Bondy als Vizepräsident der hohen Versammlung das Präsidium der ersten Sitzung übernehmen mußte; in den letzten Jahren war Herr Carnot, der im vorigen Jahre verstorbene Vater des Präsidenten der Republik, Alterspräsident gewesen. Herr de Bondy entledigte sich seiner schwierigen Aufgabe, als Royalist einer republikanischen gesetzgebenden Körperschaft zu präsidieren, mit vielen Tacte und großer Würde, wenn er auch nicht umhin konnte, seinen Gefühlen durch den Hinweis auf die Blüthe Frankreichs unter Ludwig Philipp in den 40er Jahren und den jetzigen Zustand des Landes, der seiner Ansicht nach ein allgemeiner Verfall ist, Ausdruck zu geben. Was das Pensum betrifft, das der Senat zunächst zu bearbeiten hat, so ist dasselbe ein wenig interessantes und jedenfalls zu keinen großen Diskussionen und

Ueberraschungen Veranlassung gebendes; dagegen weist die Tagesordnung der Kammer gleich hinter der wahrscheinlich in nächster Woche abgeschlossenen Discussion über die Militär-Vorlage die verschiedenen Projekte einer Verfassungs-Aenderung auf, deren Berathung mehr als wahrscheinlich schwere Stürme und in nächster Folge eine Cabinetärische herausbeschwören wird. Es ist indessen anzunehmen, daß Herr Floquet, dem bereits eine ziemlich lange Verschleppung dieser von ihm versprochenen Reform gelungen, — ist er doch bereits seit mehr als 9 Monaten Cabinetschef, ohne diese nach seiner Sicherung nothwendigste und für den Weiterbestand der Republik unentbehrliche Revision durchgeführt zu haben — jedenfalls Alles ihm wird, um diese aufregenden Discussionen bis nach dem 27. Januar, nach der Entscheidung der Partie Révolutionnaire, zu verschieben, und bei diesem Bestreben dürfte ihm die republikanische Majorität der Kammer schwerlich entgehen. — Wie vorauszusehen, hat die Wahl des republikanischen Candidaten für Paris, Jacques, seitens des Congresses die Gemäßigten sehr verstimmt. „Parti national“, „Liberté“ und „Journal des Débats“, die einflussreichsten Organe derselben, erklären gerade heraus, daß trotz der großen die Republik bedrohenden Gefahr des Boulangerismus sie ihren Anhängern nicht zumuthen können, für einen Communehelden zu stimmen. Andererseits ist gestern in der in dem Scala Café abgehaltenen Versammlung der Fédération des socialistes révolutionnaires, zu welcher mehr als 200 Delegirte der verschiedenen socialistischen und revolutionären Comités des Seine-Departements erschienen waren, einstimmig der Beschluss gefaßt worden, für Boulangers zu stimmen. Ein anderer kleinerer Theil der Communists und Anarchisten hat in dem durch seinen petroleumduftenden Frack und durch sonstige groteske Eigenhümlichkeiten bekannten Citoyen Lissonne einen eigenen Candidaten aufgestellt. — Recht bemerkenswerth für die Pläne und Ansichten Herrn Boulangers ist eine Neuherzung, die er einem Reporter des „Gaulois“ gegenüber gethan hat: „Meine Wahl in Paris, über die ein Zweifel gar nicht zulässig ist, wird ganz Frankreich und ganz Europa in Aufregung versetzen!“ In dieser Phrase tritt wieder einmal der Revanche-General, der in letzter Zeit recht in den Hintergrund getreten war, in seiner ganzen Glorie hervor! Er hofft auf die Aufregung Europas, d. h. Deutschlands, um auch den Chauvinismus wieder für seine Wahl wachzurufen. — Die Einnahmen des französischen Staatshauses weisen für 1888 ein Plus von circa 41 Millionen gegen den Voranschlag und von 77 Millionen gegen das Vorjahr auf. Abgesehen davon, daß diese provisorischen Ziffern bei genauerer Controle noch stark modifizirt werden dürften, sind sie schon deshalb keinesfalls als ein Beweis von einer Besserung der Lage und einem Wachsthum der Prosperität der Republik anzusehen, weil die Mehreinnahmen sich ausschließlich aus den Getreidezöllen (mit 36 Millionen gegen das Vorjahr und 31 Millionen gegen die Voranschläge) und der Zuckertaxe (mit 28 Millionen gegen das Vorjahr und 12 Millionen gegen den Voranschlag) ergeben.

[Das Manifest des republikanischen Candidaten Jacques] lautet:

„Bürger!

Der Augenblick ist entscheidend. Alle Reactionen, die hinter einigen Ueberläufern der republikanischen Partei gruppirt sind, verbinden sich in einer drohungsschwierigen Zweideutigkeit. Sie heuten die Unzufriedenheit aus, welche sowohl durch Ihre Manner als durch die Berüttelung unserer Kräfte herbeigeführt worden ist. Abermals ist es der Clericalismus, welcher alle Feinde der Republik ins Treffen führt. Herr Boulangers ist ihr Vanneträger. Ich gehörte der fortgeschrittenen Fraction der republikanischen Partei an. Aber nicht den Candidaten einer Gruppe hat der republikanische Congress einstellig bezeichnet. Die Männer, die sich über meinen Namen eingetragen, vertreten verschiedene Schaffungen der republikanischen Meinung. Aber darin stimmen Alle überein, daß die Republik den wachsenden und steigenden Fortschritt der gesellschaftlichen Gerechtigkeit bedeutet, daß die Rückkehr zur persönlichen Gewalt, die Abdankung der Nation, die Unehre, der Verfall des Vaterlandes ist. Sie haben mich zum Candidaten der Republik ausgesucht. Europa fragt, was aus Frankreich werden soll. In Paris ist es, an der Hauptstadt der französischen Republik, an den Gemeinden des Seine-Departements, hente ein Wort mitzureden. Meinem ganzen, der Arbeit und der Demokratie geweihten Dasein und 17 Jahren, die ich den großen Interessen von Paris widmete, danke ich es, daß ich in diesem Kampfe der Vertreter der republikanischen Partei bin. Bürger! Ihr werdet nicht für die Rennschicht

Eure Stimmen abgeben. Ihr werdet nicht zu den Urnen schreiten, um einen Gebieter zu verlangen. Möge jeder Eurer Stimmzettel Frankreich aufrufen: Es lebe die Republik! Jacques.“

Spanien.

G. Madrid, 6. Jan. [Zum Sprit-Export.] Auf die bevorstehende Berathung der Alkoholvorlage in den Cortes hat eine vor wenigen Tagen stattgefundene Versammlung in Valencia ein Licht geworfen, das geeignet ist, die Aussichten für den deutschen Export entschieden günstiger erscheinen zu lassen. Jene von dem landwirthschaftlichen Verein ausgegangene Versammlung unter dem Vorſit des bekannten Senators und Professors Rodriguez de Cepeda war nicht nur von sämtlichen Kaufmännischen wie agrarischen Clubs besucht worden, sondern auch die meisten der provinziellen Senatoren und Abgeordneten jeglicher politischer Farbe haben daran teilgenommen. Und eben der Umstand, daß die Versammlung, von der Politik losgelöst, nur Resolutionen faßte, die das Interesse des ganzen Landes erhebten, ohne sich weder einem einseitig agrarischen noch einem streng freihändlerischen Standpunkte zu unterwerfen, macht sie zu einem wichtigen Ereignisse.

Die daselbst gefaßten Beschlüsse sind recht glücklich zu nennen. Sie begehren:

— Abschaffung der Schanksteuer, steuerfreie Spiritusbrennerei — erst beim Eintritt in die Städte soll die Steuer als Consumenten erhoben werden — und vor Allem steuerfreien Import desjenigen ausländischen Alkohols, der wieder zum Export gelangt. Diese Beschlüsse, welche alle anwesenden Senatoren und Deputirte in ihren Parteien zur Geltung zu bringen zufanden, sind durch einen Abgeordneten sogleich dem Finanzminister übermittelt worden, und die Antwort desselben lautet in jeder Beziehung befriedigend. Er sagte, die Resolution enthalte für ihn nichts Inconvenientes, doch verstoße das Gesuch um steuerfreie nationale Fabrikation gegen den Handelsvertrag mit Deutschland, dessen Genehmigung zur Abänderung erst einzuholen wäre. Ist nun auch das Verlangen nach steuerfreiem Brennen und Zollerlegung erst beim Übergang in den Consum mehr als eine formelle Aenderung, denn auf dem Wege dahin dürfte sich so mancher Litter der Steuerfasse zu entziehen wissen, so spielt doch überbaupt der inländische Bedarf im Verhältniß zum Export keine zu große Rolle, sodoch Deutschland zu dieser Concession wohl bereit sein dürfte, wenn es dadurch für seinen nach Spanien gehenden und nach Vermischung mit Wein wieder von dort zu exportirenden Sprit Transitorienhandlung oder wenigstens den früheren Steueransatz erlangt. Auch das finanzielle Ergebnis würde dann für die spanische Staatskasse sich günstig gestalten, jedenfalls weit vortheilhafter als unter der Gültigkeit des jetzigen Gesetzes, so daß eigentlich nur die Schwierigkeit mit der Errichtung von Transitorien übrig bleibe.

Diese ist doch aber nur technischer Natur und ließe sich bei einem guten Willen schnell überwinden. Und da dieser bei der Regierung, wie aus der Antwort des Ministers erhellt, vorhanden ist, geht unsere deutsche Spritindustrie voraussichtlich besseren Tagen entgegen. — Am 7. treten die Cortes zusammen und die Vorlage, betreffend die Änderung des Alkoholgesetzes, wird nicht lange auf sich warten lassen.

Amerika.

[Die Samoa-Angelegenheit.] Die amerikanischen Blätter enthalten eine ausführliche Inhaltsangabe der dem Congress vorgelegten, auf Samoa bezüglichen Actenstücke:

Die diplomatische Correspondenz beginnt mit einem vom 8. October 1887 datirten Schreiben des Generalconsuls Sewall in Apia an den Hilfs-Staatssekretär Porter und einem Berichte von H. J. Moore, einem bedeutenden amerikanischen Kaufmann in Samoa, welcher den Fall der Amerikaner darlegt, deren Grundeigenthumsbesitz durch die Einführung von Tamasee zum Könige und die Controlirung der Regierung von Seiten der Deutschen gefährdet ist. Er sagt, das Grundeigenthum der Amerikaner könne ihnen unter dem geringsten Vorwande fortgenommen werden, und leuchtet die Aufmerksamkeit darauf, wie nothwendig es sei, daß die Regierung ihre Bürger beschütze.

Am 4. November 1887 überreichte Freiherr von Zettwitz, deutscher Geschäftsträger in Washington, dem Secretär Bayard eine Deckschrift, welche die Gegenvorschläge der deutschen Regierung auf die Voranschläge des Herrn Bayard enthielt. Letztere lauteten dahin, daß der Executivzweig der künftigen Regierung von Samoa aus einem aus fünf Personen zusammengesetzten Rath bestehen soll, und zwar soll dieser Rath aus dem Könige, dem Vicekönige und drei von den drei Vertragsmächten

zu erwählenden ausländischen Ministern bestehen, welche letztere die Portes feißen der auswärtigen Angelegenheit, des Innern und der Finanzen inne haben sollen. Diese Minister sollen Sitz in der Haugule und das Recht Regierung gegen diesen Plan bestand darin, daß in einem Lande wie Samoa, welches eine weiße Bevölkerung von 200 Personen und eine eingehorende Bevölkerung von 35 000 Personen hat, die im primitivsten Zustande leben, eine Theilung der Regierung in getrennte Zweige gegenwärtig nicht ausführbar sei, und daß die Ernennung von drei weißen Ministern mit zu großen Ausgaben verknüpft sein würde. Wenn die amerikanische Regierung nicht von den praktischen Vortheilen des deutsch-englischen Vor-
satzes überzeugt werden sollte und wenn sie die Ausführung derselben als gefährlich für die Unabhängigkeit und Neutralität Samoas und als eine Abweichung von der traditionellen Politik der Vereinigten Staaten im Stillen Meer betrachtet, wolle die deutsche Regierung nicht an dem Plan festhalten und die Erörterung derselben erneut, indem sie hätte die Kaiserliche Regierung aus den angeführten Gründen den während der Konferenz gemachten Gegenvorschlag des Herrn Bayard zur Einführung einer aus fünf Mitgliedern bestehenden Regierung für unausführbar und handlungsfähig erachten.

In einem vom 8. Mai aus London datirten Schreiben der dortigen Gesandtschaft der Vereinigten Staaten wird gemeldet, der englische Unterstaatssekretär des auswärtigen Amtes habe gefragt: „Die englische Regierung hat keinen Grund gehabt, in den Differenzen zwischen dem König Malietoa und dem Kaiser von Deutschland Partei zu ergreifen. Einzuweilen ist Tamasee König ex facto und wird von der englischen Regierung anerkannt werden.“

Generalconsul Sewall meldet unterm 24. Mai, daß deutsche Kriegsschiffen den Frieden und die Ordnung erhalten, jedoch auf der ganzen Inselgruppe Unzufriedenheit unter den Eingeborenen herrsche. Ferner meldet er, daß die deutsche Regierung ihre Oberhoheit auf der Insel durch Controlirung der Post und Ernennung ihres Viceconsuls zum Postmeister geltend zu machen gesucht habe. Unter demselben Datum empfiehlt Generalconsul Sewall Abwicklung der gegenwärtigen Regierung und temporäre Befehlung der Inseln. Er sagt, er wisse, daß das Departement niemals an einen solchen Schrift gedacht habe, jedoch könne es ohne Opposition bewirkt werden und scheine die einzige Lösung der Schwierigkeiten.

Secretär Bayard spricht in einem vom 2. August datirten Schreiben an den Gefundenen Phelps die Ansichten der Regierung über den Vertrag bezüglich Samoas aus und sagt: „Ich sehe einzuweilen keinen Grund ein, aus welchem die Vereinigten Staaten irgend einen Theil ihrer bescheidenen ausländischen Consularjurisdicition über die Amerikaner auf Samoa aufzugeben sollen.“

Am 1. October theilte Herr Bayard dem Gefundenen Pendleton in Berlin die Absicht der Vereinigten Staaten mit, die auf Malietoa gefallene Wahl des Volkes von Samoa zu rezipieren, und nahm an, daß die übrigen Vertragsmächte ein gleiches Verfahren einschlagen würden.

Herr Coleman von der amerikanischen Gesandtschaft in Berlin telegraphierte Herrn Bayard als Antwort hierauf, Geheimrat Holstein habe ihn in Kenntniß gesetzt, daß der deutsche Consul von Apia die Weisung erhalten habe, sein Verfahren auf das zu beschließen, was zur Sicherung des Lebens und Eigentums der deutschen Untertanen nothwendig sei.

In einem vom 8. October von Apia datirten Schreiben setzte Commandeur O'Leary den Capitän Frixe in Kenntniß, daß angeblich des deutschen Forts bei Mulinum Gewaltthaten auf dem Eigentum von Amerikanern verübt wurden und bewaffnete Mariner, welche von der Mannschaft der unter Befehl des Capitän Frixe stehenden Schiffe bedroht zu werden scheinen, das Leben der Eigentümner bedroht und gefährdet haben.

Hierauf antwortete Capitän Frixe: „Die Lage der Dinge auf Samoa ist eine derartige, daß ich genötigt bin, von der Ansicht auszugehen, daß Fragen, welche zu meiner Kenntniß gebracht werden, nicht ganzlich ohne politischen Charakter sind und daher bitte ich Sie, die Sache als in den Händen der auf Samoa wohnenden diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten und Deutschlands befindlich zu betrachten.“

Am 21. November schrieb Secretär Bayard an den Grafen Arcos, den bieigen deutschen Gefundenen: In Folge der mündlichen Mitteilungen, welche Sie mir gestern auf Weisung Ihrer Regierung bezüglich der Interessen der Deutschen und Amerikaner auf Samoa machten, habe ich unseren Vertreter in Berlin angewiesen und werde dem Consul der Vereinigten Staaten auf Samoa gleiche Weisung erteilen, daß Alles angewandt werden muß, um jede Reibung oder jeden Conflict der Interessen zwischen Bürgern der beiden Regierungen in ihren geschäftlichen Operationen auf den Inseln zu vermeiden. Falls eine Frage entstehen sollte, die nicht von diesen Beamten sofort und in befriedigender Weise geordnet werden kann, dann sollen die Streitfragen sofort nach Berlin und dieser Hauptstadt zur Entscheidung verwiesen werden. Ich glaube, wir waren einander klar darüber, daß der gegenwärtige Zustand der Dinge auf Samoa dem auswärtigen Amte in Berlin in ähnlicher Weise berichtet wurde, wie diesem Departement, und daß Baron Holstein, als ihm die

Die Kunstausstellung des Schlesischen Kunstvereins.
V.*)

Die Ausstellung ist neuerdings durch ein Portrait bereichert worden, das, obwohl unsre Besprechung der Bildnisse bereits abgeschlossen ist, erwähnt werden muß, weil wir sonst eines der besten Portraits der Ausstellung totgeschwiegen haben würden. Das von Fr. von Kurovski gemalte Bild — um dieses handelt es sich — zeichnet sich vor Allem durch absolute Portraittreue aus, die nicht damit er schöpfst ist, daß die Züge des Modells einfach wiedergegeben sind, sondern von der im höheren Sinne des Wortes deshalb gesprochen werden darf, weil sich in der lebensvoll wiedergegebenen Physiognomie der Charakter des Portraittirten anschaulich spiegelt. Das Kurovski'sche Bild erweckt den Eindruck individueller Charakteristik in höchstem Grade. Nebenbei ist es ein Muster ungefähr-zwanglosen Posirens des Modells. In technischer Beziehung verräth es eine groÙe Sicherheit. Das weiße Haupthaar, der Fleischton des Antlitzes und der zum Theil sichtbaren rechten Hand ist malerisch außerordentlich gelungen behandelt; die Frische und Wärme des Incarnats ist überhaupt ein schon bei der ersten Betrachtung vortheilhaft in die Augen springender großer Vorzug des Bildes, bei welchem auch ein flotter und breiter Vortrag erfreut.

Bei Weitem den größten Raum in der Ausstellung nimmt, wie bereits im ersten Artikel hervorgehoben, und wie bei der allgemeinen Lage der Malerei nicht anders zu erwarten ist, die Landschaftsmalerei ein. Die Landschaften sind so zahlreich, daß sie in ihrer Gesamtheit ein beinahe vollständiges Abbild der verschiedensten Richtungen der modernen Landschaftsmalerei zu geben vermögen. Es wird auf unsrer Ausstellung ersichtlich, daß auf keinem Gebiete der Kunst der Realismus so feste Wurzeln geschlagen und so weit um sich gegriffen hat, wie auf dem der Landschaftsmalerei. Die ideale, die stylisirte Landschaft ist gänzlich verschwunden. Nicht als ob der Grund dafür darin läge, daß unsre deutschen Landschäfer jetzt ihre Motive hauptsächlich auf deutschem Boden suchen und diese Motive einer Stylisirung unzugänglich wären, da nur aus dem „klassischen“ Süden stylisirbare und des Stylisirrens würdige Vorwürfe zu holen wären. Ist doch diese Meinung durch den Münchener Theodor Kotig (1818—1884) glänzend widerlegt worden, dessen hochwertige, idealistische Landschaften vom Starnberger See bewiesen, daß Rottmann und seine Jünger nicht nötig hatten, nach Italien zu gehen, um idealistische Landschaften zu malen. Der Grund liegt vielmehr darin, daß unsre Landschäfer, ihr Augenmerk lieblicher als früher dem deutschen Boden zuwenden, die eigenhümliche Natur der heimischen Landschaft gründlicher kennenzulernen, und so ganz von selbst zu einer sich enger an die Wirklichkeit anschmiegenden Auffassung vordringen. Die deutsche Landschaft wird

ihnen vertraut und lieb, wie eine gute treue Freundin; sie verstecken sich mit Hingabe in ihre reizvollen Eigenheiten, und was sie nicht nur mit dem Künstlerauge, sondern auch mit künstlerischer Empfindung geschaut, das geben sie in der Stimmung, in der sie es gesehen, wieder. Ihre Landschaften, so einfach und schlicht die Motive auch sein mögen, machen auf den Beschauer einen so tiefen Eindruck, weil sie so beschaffen sind, daß er sie mit dem Gemüth unmittelbar erfassen kann. Die Stimmungslandschaft, wie sie in Christian Morgenstern (gest. 1867) ihren Begründer, und in seinem talentvollsten Schüler Joseph Scherl (gest. 1869) ihren Fortbildner hatte, ist seitdem die herrschende in der deutschen Landschaftsmalerei geworden. Daneben haben sich kräft naturalistische Strömungen geltend gemacht; die Hellmalerei hat gleichfalls ihren Einfluß ausgeübt, so daß man zum mindesten nicht über die Monotonie in der Landschaftsmalerei klagen kann.

Unter den Landschaften der Ausstellung verdanken nicht wenige ihr Dasein der Breslauer Künstlercolonie. Der zu früh verstorbene Adolf Dresler ist durch zwei Bilder aus jener Periode vertreten, da er das von ihm vorzugsweise cultivirte Gebiet der schlesischen Landschaft mit den bayerischen und schweizerischen Bergen zu vertauschen suchte. Sein Nachfolger in der Leitung des Meisterateliers am Museum, G. E. Schirm, hat einen „Hafen von Lübeck“ ausgestellt, dessen Vorzüge bereits gewürdigten werden konnten, als das Bild in der Lichtenberg'schen Gemälde-Ausstellung unter günstigerer Beleuchtung zu sehen war. Eine vortreffliche Arbeit desselben Meisters ist sein aus dem Vollen herausgeschaffenes, mit breitem, sicherem Vortrage gemaltes, durch große Schönheit jesslindes Motiv „Am Dybin bei Zittau“, das die einer gewissen Größe nicht entbehrende landschaftliche Eigenart des Erzgebirges in anziehender Weise vergegenwärtigt. Das Bild wirkt ebenso vornehm, wie durch die hervorragende Schönheit des prächtigen, warmen Colorits anheimelnd. Eine wiederholte eingehende Betrachtung des Gemäldes, zu dem man sich immer wieder hingezogen fühlt, beruhigt auch den Beschauer darüber, daß das große Format dem mit einem Zug ins Große dargestellten Motiv durchaus entspricht. Mit 6 Bildern kleineren Formats hat sich Carl Ernst Morgenstern, Professor an der königl. Kunsthalle hier selbst, auf der Ausstellung eingefunden. Vier derselben bilden einen Cycle „Die Tageszeiten“, die beiden andern „Am Bober bei Rudelsdorf“ und „Die Landstraße“ sind selbständige Werke. Morgenstern, ursprünglich ganz unter Kosch's Einflüssen stehend, hat sich seitdem er aus München zu uns gekommen, mehr und mehr der Richtung seines früheren Berathers abgewandt und ist zu einem erfolgreichen Anhänger der realistischen Naturauffassung geworden, ohne daß er aufhörte, die Natur mit poetischer Empfindung zu beleben. Seine Bilder durchweht ein poetischer Hauch, der ihnen einen besonderen Reiz verleiht. Mit seinem Vater, dem erwähnten Christian Morgenstern, hat er die meisterhafte Behandlung der Atmosphäre gemein. Das veränderliche

Stimmungslement, wie es der abwechselnd klare, dann leicht bewölkte, dann mit schweren Wolken behangene Himmel, den Charakter der Landschaft mitbestimmt, darbietet, beherrscht er für seine Zwecke in vollkommen Weise. In dem Bilde „Die Landstraße“ erfreut sich das Auge an der sonnigen Heiterkeit, die über das in seiner Einfachheit so ansprechende Motiv ausgegoßt ist; eine mehr träumerische Stimmung liegt in dem Bilde „Am Bober bei Rudelsdorf“, und in den vier Tageszeiten wetteifert die feinsten Naturbeobachtung mit der poetischen Wiedergabe der verschiedenen charakteristischen Stimmungen. Dem schönen Talent Gustav Olbrichts verdanken wir schon so manches durch ehr malerische Auffassung ausgezeichnetes Gemälde. Der durch ihr trefflich gelöstes Beleuchtungsproblem interessante „Abendstimmung“ (Nr. 216 des Catalogs) sind wir bereits früher eingehend gerecht geworden in einer Besprechung über die Lichtenberg'sche Ausstellung. Das „Motiv bei Breslau“ reicht sich den früheren Bildern Olbrichts ebenbürtig an; es ist eine wegen der Schönheit des Sujets wie wegen der stimmungsvollen Behandlung äußerst liebenswürdige Arbeit; das kleinere Gemälde „Aus der Grafschaft Glatz“ beweist von Neuem, wie dankbar sich unsre schlesische Heimat dem Künstler, der sie im Bilde festzuhalten strebt, durch die Fülle ihrer malerischen Motive erweist. Das mit frischen, leuchtenden Farben gemalte Bild „Giardino Giusti“ bei Verona zeugt davon, daß auch die italienische Landschaft unter der Hand eines feinfühligen Künstlers einer realistischen Behandlung durchaus fähig ist, ohne von ihrem eigentümlichen Reiz etwas einzubüßen. Gertrud Staats' vier Bilder möchten wir in der Weise rangieren, daß wir Nr. 310 („Im Frühling“) den Vorzug geben. Wie bei allen Bildern dieser Künstlerin ist auch bei diesem sowohl wie bei Nr. 312 (weidende Kühe) der virtuos gemalte Bordergrund mit dennickenden und sich wiegenden Blumenköpfen besonderer Beachtung wert. Im Hintergrund sind die beiden Bilder zu bunt gerathen. Erde und Luft verschwimmen in einen dunkelblauen Farenton, der nicht hinreichend „himmlisch echt“ erscheint. In immer größere Aufgaben wagt sich Dora Seemann, irren wir nicht, eine Schülerin Schirms, heran. Das relativ beste von ihren drei Bildern ist die „Landschaft aus Rügen“, bei der nicht ohne Glück versucht worden ist, ein anziehendes Beleuchtungsmotiv durchzuführen.

Recht erfreulich sind die beiden Gemälde von R. Sliwinski, von denen wir der „Partie aus Buchwald“ unbedenklich den Vorzug geben. Von der Dunkelmalerei, die früher den guten Eindruck der Bilder des fleißigen Künstlers beeinträchtigte, hat sich Sliwinski wieder um ein wichtiges Stück losgemacht. Dadurch weicht die vorher Melancholie seiner Landschaften einem freundlicheren Grundton. Die „Partie aus Buchwald“ hat in dem harmonischen Zusammenspiel von Baum, Wasser und Himmel etwas sehr Anheimelndes. Ein sorgfältiges Studium ist auf diesem Bilde den Wolken zugewandt, die leicht und düstig darzustellen dem Künstler gut gelungen ist. Franz Borner's „Heuernte in Schlesien“ (Nr. 28) stellt einen

*) Bergl. Nr. 862, 865, 877 und 904 der „Breslauer Zeitung“ vom vorigen Jahrgang.

Despeche von diesem Departement mitgetheilt wurde, erklärte, er habe denselben Bericht vom deutschen Vertreter erhalten, und daß es seiner Regierung gleichgültig sei, wen die Samoaner zu ihrem Könige erwählen, da sie nur verlange, daß die deutschen Interessen nicht geschädigt werden. Dies wäre sicherlich auch der Wunsch dieser Regierung, und da wir hierin einverstanden sind, hoffe ich, Sie werden Ihrer Regierung empfehlen, daß ihre Beamten auf Samoa angewiesen werden, die Beamten in den Vereinigten Staaten in der friedlichen Leitung der Angelegenheiten in jener Gegend zu unterstützen, und falls Differenzen entstehen sollten, die nicht durch ihre gemeinsamen Bemühungen beigelegt werden können, sofort die Landesregierung einer jeden Partei benachrichtigt werde, damit ein freundschaftliches Resultat erzielt werde.

Unter demselben Datum erklärt Herr Bayard in einer an Herrn Coleman, den Geschäftsträger der Ver. Staaten in Berlin, gerichteten Note, er stimme mit dem Baron von Holstein darin überein, daß es gleichgültig sei, wer das Oberhaupt auf Samoa ist.

Am 23. November zeigte Herr Sewall, welcher nach Washington gekommen war, Herrn Bayard in Kenntniß, daß die Abgeneigtheit des deutschen Consuls auf Samoa, in freundschaftlichem Einvernehmen mit ihm zu handeln, in Folge eines Verkennens seiner Motive und der Politik der Regierung entstanden sei, und er sprach den Wunsch aus, daß nichts einem harmonischen gemeinsamen Verfahren im Wege stehen sollte, damit dem gegenwärtigen unglücklichen Streite ein Ende gemacht werde.

In einem am 26. November an den Grafen Arco gerichteten Schreiben lenkt Herr Bayard die Aufmerksamkeit auf diese Erklärung des Herrn Sewall und spricht die Hoffnung aus, daß dieselbe dem deutschen Consul von Apia zur Kenntniß gebracht werden möge, damit bei der Rückkehr des Herrn Sewall kein Mißverständniß obwalte.

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 10. Januar

Heute ist der Stadthaushaltsetat der Stadt Breslau für das Jahr 1889/90 im Druck erschienen in stattlichem Groß-Quartformat in einem Band von 770 Druckseiten. In Ergänzung dessen, was wir bereits früher über den Etat mitgetheilt, als er uns im Auszuge vorlag, sei Folgendes hervorgehoben unter Erinnerung daran, daß der Etat in Ausgabe und Einnahme mit 8 814 350 M. balancirt: Der Voranschlag schließt auf Grund der Special-Etats ab in Ausgabe mit 8 531 350 M. ordentlichen und 182 997 M. außerordentlichen Ausgaben, zusammen 8 714 347 M. Diese Ausgaben stehen an Einnahmen gegenüber 5 815 490 M.; es bleiben also, abgesehen von den unvorhergesehenen Ausgaben (Haupt-Extraordinarium) zu decken 2 898 857 M. Da das neue Regulativ der Communal-Einkommen-Steuern die Genehmigung des Bezirks-Ausschusses noch nicht erhalten hat, so ist auch dem nächstjährigen Voranschlag nur das z. B. geltige Regulativ mit seinem Tarif zu Grunde gelegt worden. 15 Einheiten nach diesem Tarif lassen sich mit Rücksicht auf den diesjährigen Ertrag der Communal-Einkommen-Steuern mit Sicherheit auf 2 902 500 M., d. i. die Einheit mit 193 500 M., veranschlagen, so daß die Gesammt-Einnahmen die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben voll decken und nur für die (auf 100 003 M. veranschlagten) unvorhergesehenen Ausgaben auf den Bestandsgelder-Fonds zurückgegriffen werden muß. Nach dem Voranschlag für das laufende Etatjahr haben dagegen die Ausgaben die Gesammt-Einnahmen um 105 340 M. überstiegen, so daß trotz einiger bedeutender Mehr-Ausgaben das Gesamtbild des Etats günstiger geworden ist. Es ist dies im Wesentlichen die Folge 1) des Beitrags des Staates zu den Schullasten, 2) der Zunahme des Ertrages der Steuern und 3) der günstigen Entwicklung der städtischen Betriebs-Anstalten. Zu 1 konnten neu als Einnahme in den Etats eingesetzt werden an Beitrag des Staates zu den Gehältern der Lehrer, wie wir dies bereits zutreffend hervorgehoben hatten: 141 300 M. Zu 2 ergiebt der Steueretat mit einer Gesammt-Einnahme von 2 327 750 M. ein Mehr von 94 710 M. und zu dieser Summe tritt noch das Mehr der Einkommensteuer mit 120 000 Mark hinzu, zusammen 214 710 Mark Mehr-Einnahme. Zu 3 weisen die Etats der Gas- und Wasserwerke eine Mehr-Einnahme von rund 58 000 M. nach. Die Ausgaben sind dem gegenüber, wie gleichfalls bereits von uns hervorgehoben, wieder wesentlich gestiegen in der Armenverwaltung, der Schulverwaltung, der Bau-

Verwaltung, der Verwaltung des städtischen Marstalls und der Beamten-Besoldung. Nach Ausweis der betreffenden Special-Etats betrugen nämlich die Ausgaben im Vergleich zum laufenden Etat 1) der Haupt-Armenkasse 537 140 M. gegen 515 050 M., also mehr 22 090 M., 2) der Lehrer-Besoldungen 2 040 550 M. gegen 1 992 060 M., also mehr 48 490 M., 3) der Elementar-Unterrichts-Verwaltung 360 505 M. gegen 344 531 M., also mehr 15 974 M., 4) der städtischen Bauten 482 835 M. gegen 452 735 M., also mehr 30 100 M., 5) des Marstalls 277 295 M. gegen 239 880 M., also mehr 37 415 M., 6) der Beamten-Besoldungen 1 160 700 M. gegen 1 103 830 M., also mehr 56 870 M. Zum ersten Mal sind außerdem pro 1889/90 die Ausgaben des neuen Irrenhauses veranschlagt und ist, da dieser Etat als Unter-Etat des Etats des Allerheiligen-Hospitals aufgestellt ist, der Zuschuß zu den Ausgaben dieses Hospitals gestiegen von 118 234 M. auf 183 440 M., d. h. um 65 206 M. In dem Etat der Schulden-Verwaltung ist die Einnahme aus den Zinsen der Bestände der Anleihe von 1880 um 35 000 M. niedriger angenommen. Auf die neue Anleihe ist im Etat noch keine Rücksicht genommen worden, da dieselbe die behördliche Genehmigung des Bezirks-Ausschusses noch nicht erhalten hat und deshalb vom Magistrat angenommen wird, daß im nächsten Jahr größere Summen aus derselben keinenfalls zur Verwendung kommen werden.

— In den Reden der cartellistischen Wahlredner macht sich immer mehr das breit, was in conservativen Kreisen einmal sehr hübsch als „Rabau-Antisemitismus“ bezeichnet worden ist. Von dem Tone, der in der am 9. d. M. abgehaltenen Versammlung der Cartellparteien angeschlagen worden ist, kann man sich einen annähernden Begriff machen, wenn man von folgendem geschmackvollen „Witz“ aus der Rede des Professors und Doctors der Theologie Herrn Hermann Schmidt Kenntnis erhält: „Man solle nur an das denken, was man in den letzten Wochen erlebt. Bamberger habe uns abgesprochen, ein Culturvolk zu sein. Manche mähen den Culturgrad eines Volkes nach dessen Verbrauch an Seife — Herr Bamberger wahrscheinlich nach dem Verbrauch im polnischen Juden.“ (Stürmischer Beifall.) Ferner meinte der Herr Theologieprofessor sehr weise, die Fortschrittspartei wäre schon längst nicht mehr vorhanden, wenn nicht hinter ihr die Mächte ständen, die von edem Umsturz, von jedem Kriege für sich profitirten, jene Leute, die immer oben schwammen, die immer zu rechter Zeit ihre Taschen zu füllen verstanden. Kann man, so fragen wir, unverblümter und rücksichtsloser den brutalen Klassen- und Racenhäß predigen, als es hier geschehen? Außerdem sprachen noch zwei Redner, von denen der eine die Schwierigkeiten der „Judenfrage“ darlegte, da man sich noch nicht recht einig sei, ob man die Juden allesamt aus Deutschland ausschreiben solle, oder ob man ein Ausnahmegesetz, ein „Fremdengesetz“ gegen sie machen solle, oder ob es genüge, die Thore im Osten zu schließen, ihnen gewisse Lemter zu versagen, oder ob es sich empfehle, sie „nur stillschweigend auszusondern, gesellschaftlich, geschäftlich u.“ Der andre Redner überfaschte die Zuhörerschaft mit der Mittheilung, daß das Cartell „unverehrt“ sei; die Socialdemokraten schilderte er als Leute, die die Anarchie erstreben, und dabei vor der Mordwaffe nicht zurücktrecken. Was wird Herr von Blankenburg dazu sagen, der einst pathetisch ausgeführt hatte, die Socialdemokraten seien eine Partei, mit der sich recht gut auf parlamentarischem Boden verhandeln lasse, die in Deutschland von Anarchie nichts wissen wolle, und zu der, besonders in Breslau, nur „harmlose Leute“ gehörten? — Gleiche Brüder, gleiche Kappen: es liegt uns der Aufruf der „vereinigten Gruppen der socialen Reformpartei“ vor, in welchem in Bezug auf die deutschfreisinnige Partei ganz im Sinne des Herrn Schmidt vor der Wahl eines Deutschfreisinnigen gewarnt wird unter Hinweis darauf, daß „die Juden das Rückenmark dieser „deutschen“ Partei“ seien. Im Uebrigen appellirt das antisemitische Flugblatt dieser Partei lediglich an die Königstreue der Handwerker und Arbeiter. Der Kaiser habe es den Arbeitern Breslaus gedankt, daß sie „gerade der deutschfreisinnigen Partei den Laufpass gegeben haben“; er habe gesagt, „das Wohl der Arbeiter liege ihm am Herzen“. Auch die nationalliberalen Partei kriinge im Krebsen und Kauen den neuen

Fragen des Volkslebens ein herzlich geringes Verständniß entgegen, und Herr Tschocke habe sich nicht einmal für den Besichtigungsnachweis erklärt. — Die Sozialdemokraten verbreiten ein zweites Flugblatt, das vor der Wahl von Vertretern der „Capitalisten-Partei“ warnt:

— Die „Schlesische Volkszeitung“ heilt mit, Herr Fabrikbesitzer Seidel, welcher bekanntlich die Candidatur des Stellmachers Herrn Kühn bei dem Cartell vorgeschlagen hat und damit große Entrüstung erregt hat, sei aus der berühmten Zwölfer-Commission ausgetreten. Dasselbe Blatt schreibt heute, die Herren vom Cartell täuschten sich gewaltig, wenn sie meinen, daß nur eine „kleine Minderheit“ der „königstreuen“ evangelischen Arbeiter die Gesellschaft des Herrn Kühn bildet. Man sei im Gegentheil in den evangelischen Arbeiterkreisen in Folge der Ablehnung einer christlichen Arbeitercandidatur seitens der Cartellparteien so entrüstet, daß man geschlossen für den ersten Vorsitzenden des evangelischen Arbeitervereins einzutreten gedacht. Die Dissentirenden im evangelischen Arbeiterverein sollen lediglich die Herren Pastoren und ein kleiner zu ihnen haltender Kreis sein.

— Morgen, Freitag Abend 8 Uhr, findet in dem Saal des Locals „Sandoucii“, Mehlgasse 11, eine Versammlung deutsch-freisinniger Wähler statt, in welcher Herr Maurermeister Simon und Herr Stadtrichter Friedländer Ansprachen halten werden.

* **Vom Stadttheater.** Sonntag, den 13. Januar, findet die erste Aufführung des neuesten Lustspiels von Schönthan, "Cornelius Voß", statt. Die Hauptrollen sind vertreten durch die Damen Frauendorfer und Wilhelmine Brandes, sowie die Herren v. Fischer, Resemann, Brehm und Pfeil. Es gelten auch an diesem Abend kleine Preise.

K. V. Die Münchener haben am Mittwoch — leider im Thalia- und nicht, wie sie hier mit Vorliebe mit ihren schwächeren Stücken thun, im Stadttheater — L. Anzengruber's charaktervolles Drama: „Der Pfarrer von Kirchfeld“ in einer so vollendetem Darstellung in Scene gehen lassen, daß die einzelnen Figuren und die einzelnen Scenen des Stücks in der Erinnerung jedes Besuchers der Vorstellung in der Gestalt fest haften bleiben werden, in welcher sie sich ihm an diesem Abende darboten, und daß er jede weitere Aufführung des Volks-schauspiels, die er irgendwann und irgendwo noch zu sehen bekommen wird, mit dem Maßstabe dieser Vorstellung messen wird. Herrn Alberts Pfarrer Hell und Fr. Hückers Anna, Herrn Neurits Wurzelzepp und Fr. Schönchens Wirthschafterin Brigitte, Herrn Hofspauers Michel und Herrn Weinmüllers Pfarrer von St. Jacob an der Einöd' — jede Rolle wurde in gleich vortrefflicher, meisterhafter Weise dargestellt. Auch in den Nebenrollen wurde durchweg Untadelhaftes geboten; auch der Lehrer von Altötting (Herr Meißner) war zu einer köstlichen Episoden-figur geworden. Man muß sagen, daß Scene für Scene sich der Eindruck des einen tiefgehenden, menschlich ergreifenden Conflict mit größter dichterischer Kraft behandelnden Dramas steigerte. Das wiederum gut besuchte Haus dankte der vortrefflichen Künstlerschaar durch oft wiederholten Hervorruß und durch begeisterten Beifall.

* Die Münchener. Auf vielseitig geäußerten Wunsch wird Freitag „Der Herrgottsnicker von Ammergau“ und zwar ausnahmsweise im Thalia-Theater gegeben. Es ist dies zugleich die letzte überhaupt stattfindende Aufführung des populären Stücks.

* Die Breslauer Singakademie bringt in ihrem zweiten Abonnement-Concert am nächsten Dienstag ein gemischtes Programm von selten hier öffentlich aufgeführten Werken. Das Märchen „Der Rose Pilgerfahrt“ von Robert Schumann erschien vor Jahren einmal unter Damrosch's Leitung im Orchesterverein. Mendelssohn's achtstimmige Chorwerke Ave Maria und Ps. 114 („Da Israel aus Egypten zog“) zählen zu dessen schönsten Vocalcompositionen. Die Tenorsoli werden von Herrn Hermann Kirchner, Schüler der Berliner Hochschule, ausgeführt; außerdem wird derselbe noch einearie aus Gluck's „Iphigenie auf Tauris“ vortragen. Die übrigen Solopartien werden von den bewährtesten Solokräften der Singakademie gesungen.

—d. Bezirksverein der Nicolai-Vorstadt. Am Donnerstag, 17. d. Mts., Abends 8 Uhr, findet im großen Saale der Rössler'schen

sich an bekannte Vorbilder anlehnden, nicht gerade mißglückten Versuch dar, Einzelzüge des landmännischen Berufslebens realistisch wiederzugeben. Das Bild ist in Gouachefarben gemalt; in Oelfarben wäre die Farbengebung eine dem Gegenstände angemessener, kräftigere geworden, wohl nicht zum Nachtheil der Arbeit. Elisabeth von König hat ihr vor zwei Jahren in der Kunstausstellung ausgestelltes Strandbild bisher noch nicht wieder erreicht. Ihr „Standmotiv von Rügen“ (133) ist coloristisch nicht sorgfältig genug zusammengestimmt; es macht den Eindruck zu großer Buntheit, während ihr „Waldbweg“ (134) mit seiner gut wiedergegebenen Frühlingsstimmung ein sehr ansprechendes, gelungenes Bild ist.

Allen diesen in Breslau thätigen Landschaftern seien, um bei der Breslauer Künstlercolonie zu bleiben, Anna Storch und Elise Nees von Esenbeck angereicht, welche durch zwei resp. vier theils als intimere Stillleben gemalte, theils auf mehr decorative Wirkungen berechnete Blumenstücke sich als schätzenswerthe Vertreterinnen dieses Faches bewähren. Emil Brehmer's beide Stillleben sprechen für die stetig fort schaffende Meisterschaft dieses Künstlers auf diesem Gebiete, das mit Recht sich allgemeiner Schätzung erfreut, wie denn auch eins der beiden Gemälde bereits seit längerer Zeit als verkauft bezeichnet werden konnte. Adalbert Wölfl vertritt mit seinem „Rathaus zu Breslau“ in alter verdienstlicher Weise das Architekturfach. Das Bild ist das Original, welches in der von Th. Wissott hergestellten, bei Trewendt u. Granier hierselbst im Kunsthandel erschienenen Farbendruckvervielfältigung allen Freunden dieser Perle spätgotischer Baukunst zugänglich gemacht ist. In Margarethe Waldau haben wir es mit einer begabten Schülerin des Architekturmaler Carl Graeb jun. zu thun, die bei der Bewältigung ihrer mit malerischem Tact ausgewählten Motive nur noch in höherem Grade der technischen Schwierigkeiten Herr zu werden braucht, um mit Ehren sich zu behaupten. Viel Sorgfalt im Einzelnen bei verständiger Behandlung des dankbaren Vorwurfs verräth das „Innere der Herz-Jesu-Kirche im Kloster zum guten Hirten in Breslau“, eines nicht großen, aber durch Schönheit der Verhältnisse ausgezeichneten gotischen Gotteshauses.

Unter der großen Zahl der auf der Ausstellung befindlichen übrigen Landschaften von auswärtigen Künstlern sind natürlich viele von blohem Durchschnittswert. Wir wollen nachstehend auf die interessantesten unter den besseren Bildern in Kürze hinweisen. Dahin gehört H. Frische's „Harzlandschaft“ von trüber, melancholischer Stimmung, aber von einheitlicher, geschlossener Wirkung; E. v. Winterfeldt's dramatisch bewegtes, virtuos gemaltes „Aufsteigendes Gewitter am Bodensee“; L. Munthe's, von der Königl. Nationalgalerie hergeliehenes, schlechtweg als Meisterwerk zu bezeichnendes Prachtstück „Herbstlicher Wald“; C. Pflugrads' sinnungsvoller, coloristisch vorzüglich schöner „Abend am See“ (Motiv aus Mecklenburg); A. Friedländers in seinem Ton in Herbststimmung ausgeführte Land-

schaft mit Staffage; Müller Kurz welly's vortreffliche, mit großer Frische und Kraft vorgetragene fünf Landschaften, unter denen wiederum „Herbstabend“ (197) den Preis zuerkennen; Hans Gude's „Sommerabend in einem Norwegischen Hafen“; J. Dunze's „Norwegischer Sonnenuntergang“; C. Hochhaus' „Waschtag“; Ch. Malis „Die Abendglocke“, ein romantisch angehauchtes Mittelbild zwischen Landschaft und Thierstück; A. Normanns „Mitternacht in den Lofoten“, eine Perle der Ausstellung, ein Bild, von dem man sagen kann, der Pinsel des Meisters war in Licht getaucht, als er es malte; ferner H. Eschke's „Vogelinsel am Nordcap“; Högquets beide kleinen, stimmungsvollen Bildchen „Märkische Landschaft“ und „Windmühle“; Morten Müllers „Norwegischer Winter“; A. Achenbachs „Holländischer Hafen“ und D. Achenbachs „Triumphbogen des Konstantin“; Douzette's, des berühmten Mondschein-Specialisten „Mondnacht“ und die ein interessantes Beleuchtungsproblem virtuos lösende „Abendstimmung am Strande von Prerow“; Richard Scholz' „Frühmorgen auf der Alm“, H. Schleich's „Englische Küste“, endlich Carl Ludwig's „Sommer im Hochgebirge“ und D. von Kamekes „Kirche bei Nobiallo am Como-See“.

Die Plastik ist im Verhältnis zur Malerei nur schwach vertreten. H. Behrens, der Vorsteher des Meisterateliers für Bildhauerei, die am hiesigen Museum, stellt eine Marmor-Büste (Portrait) dar, die im Bezug auf Portraittreue nichts schuldig bleibt. Professor Albert Härtel's „Portrait“ (Relief) und „Entwurf eines Lutherdenkmals“ zeigen den bewährten Künstler in bester Schaffenskraft. Ein sehr talentvoller junger Bildhauer ist offenbar C. Koschel, wie vornehmlich eine Büste einer jungen Dame bezeugt. Albert Rächner ist durch mehrere Relief- resp. Vollbüsten vertreten; unter den ersten erkennen wir leicht das Portrait Rudolf von Gottschalls. Ein kleines Meisterstück humoristischer Darstellung ist Franz Rosse's Gruppe in Bronze „Hofnarr, pfeifen lehrend.“ Auch die Herstellung in Bronze ist eine technisch vollendete.

Karl Vollrath.

Ein Hauptkurort der alten Welt.

Einem längeren Berichte über eine griechische Reise Prof. Furtwänglers, mitgetheilt in der „Berl. philol. Wochenschrift“, entnimmt die „Post“ über Epidaurus, diesen Hauptkulturort der alten Welt, folgende neuen Beobachtungen: Weitauß das größte Interesse im heiligen Bezirk des Asklepios beanspruchen die Reste der Tholos (Rundbau) des Polyklet. Ich fand eine Ausführung ganz exceptioneller Art von einer geradezu wunderbaren Schönheit und Sorgfalt, wie ich nie etwas Ähnliches gesehen; dazu manche Spuren, wie namentlich die Behandlung des Akanthusblattes, welche auf die Zeit des Erechtheions in Athen hinweisen. Während ich vorher die verbreitete Ansicht gehabt hatte, daß der Erbauer Polyklet der jüngere Künstler oder gar nur ein beliebiger späterer Künstler gleichen Namens gewesen sei,

erschien es mir jetzt möglich, daß es wirklich der große Polyklet war, der auch in der Tradition des Pausanias ohne Zweifel gemeint ist. Der Bau macht in allen Einzelheiten einen so stark individuellen Eindruck, wie dies wohl nirgends in der Antike wieder der Fall ist. Man fühlt unmittelbar, hier sitzt ein bedeutender Künstler dahinter, von festigegründetem Ansehen, der selbst so auffallende Neuerungen wie den geschwungenen Fries im Innern oder die prächtigen sculpirten Phialen in den Metopen wagen durfte, ein Mann, der ebenso fähig in der Erfindung war, wie er die allerhöchsten Ansprüche an Exakteit und Feinheit der technischen Ausführung stellte. Ich konnte fast unmittelbar nach meinem Besuche in Epidaurus des Erechtheion auf der Burg von Athen vergleichen: wenn mir hier die Arbeit des Ornamentis im Ganzen freier, frischer, geistvoller vorkam, so schien es mir doch an gleichmäßiger, exakter Sorgfalt und Schönheit der an dem epidaurischen Bau nachzustehen. Sowohl hierin, wie in der Erfindung, dem Reichtum des Ornamentis scheint die Tholos gerade das Erechtheion überbieten zu wollen. Welch' wichtige Schlüsse für Architektur- und Ornamentgeschichte sich ergeben, wenn Polyklet wirklich der Schöpfer der Tholos ist, braucht nur angedeutet zu werden. Unter anderem wäre er dann wohl als der Schöpfer derjenigen Form des Corinthischen Kapitells anzusehen, die noch nicht im vierten Jahrhundert, aber in der späteren Zeit die Kanonische wurde.

Daß das Theater mit Recht demselben Architekten von der Tradition zugeschrieben wird wie die Tholos, hat die Ausgrabung höchst wahrscheinlich gemacht, indem am Eingangsthor des Theaters eine der besonders charakteristischen und fühnen Formen des Rundbaues, der geschwungene Fries, wiederkehrt. Von der Harmonie und Schönheit, welche Pausanias oder dessen Quelle an dem Theater so besonders hervorhebt, empfängt man auch jetzt noch einen annähernden Eindruck.

Unsere Kenntniss der griechischen Bühnengebäude ist soeben durch einen neuen Bau vermehrt worden. 1886 bereits grub die griechische archäologische Gesellschaft im heiligen Bezirk des Amphiaraus zu Oropos ein Theater aus, die Publication erfolgte aber erst dieser Tage in den Ausgrabungsberichten dieser Gesellschaft, den Praktika von 1886. Besonders merkwürdig ist das Theater durch eine Inschrift, welche die gerade, die Orchestra dem Zuschauerraum gegenüber abschließende niedrige Wand als das eigentliche „Proscenium“ kennzeichnet, während man bisher die hohe Hinterwand des ganzen Theaters als solche auf fasste. Dieses Proscenium ist zwei kantenartig vorspringenden Querwänden des Bühnengebäudes eingebaut und mit acht dorischen Halbsäulen ausgestattet. Die Frage nach der Gestaltung der altgriechischen Bühne vor den Umbauten aus der Römerzeit ist jetzt im Flusse; in Aussicht gestellt ist ein Werk Dörpfeld's über das griechische Theater, welches an der Hand der erhaltenen Bühnengebäude und der antiken Schriftsteller eine Geschichte der Entwicklung des Theaterbaues geben wird. Denn auch das griechische Theater ist nicht mit einem Male als ein fertiges Ganze aufgetaucht.

(Fortsetzung.)

Könnte man uns auch vorwerfen, wir verherrlichen Diebstahl und Mord. Welcher Art aber die Leute sind, die der Socialdemokratie ähnliche Vorwürfe machen, zeigt die Unterschrift eines Briefes, in dem gesagt ist, daß die Socialdemokratie ihren Parteigenossen den Meineid empfehlen. Dem betreffenden Schreiber ist laut gerichtlichem Erkenntnis nachgewiesen, daß etwas, was er beschworen hat, der Wahrheit zuwidert läuft. Über die Heiligkeit des Eides ist man allerdings auch in höheren Kreisen oft von einer sonderbaren Auffassung. Jener Briefschreiber aber hat sich ferner noch eine Liste ausweisungsfähiger Socialdemokraten angelegt und die den Behörden zur Verfügung gestellt, was wiederum öffentlich gerügt worden ist. Die Untersuchungen über die in dem Wahlprotest angeführten Thatsachen sind nun aber seitens der sächsischen Behörden früher vorgenommen worden, als der Reichstag sich mit der Sache beschäftigt hat. Es sind Briefe an die Protesterheber geschrieben worden, in denen ihnen Anklagen bei der Staatsanwaltschaft angebracht wurden, wenn sie nicht sofort ihre Proteste zurückzogen und zwar, noch bevor das Ministerium in die Sache eingegriffen hatte. Die Berechtigung der Protestierenden ist aber zweifellos. Wenn Sie nun nicht weiter auf die Untersuchung der Wahl dringen wollen, so müßten Sie einfach die Wahl kassieren, wenn Sie gerecht sein wollen, denn daß die Wahl ungerecht zu Stande gekommen ist, beweist der Protest deutlich. Die Gründe, welche die Wahlprüfungs-Commission diesen gegenüber vorbringt, sind durchaus nicht zu halten. Gleich im Anfang des Protests wird hervorgehoben, daß Schulsleute in Civil, aber mit der Dienstmütze, Stimmzettel vertheilt hätten für den Abg. Dr. Götz. Dieser Protest wird unter Beweis gestellt. Ferner wird ein Gemeindevorstand namhaft gemacht, der zugleich Vorsteher des Wahl-Comités war. Unter solchen Umständen kann doch von einer Wahlfreiheit nicht die Rede sein. Die Wahl von Leipzig (Land) ist aber typisch für die Reichstagswahlen überhaupt, und der Reichstag handelt nicht im Interesse der Wahlfreiheit, wenn er sich diesen berechtigten Klagen gegenüber verschließt. Die Firma Preuze und Comp. hat ihre Arbeiter direct aufgefordert, den Kandidaten der Ordnungs-Partei zu wählen, wenn sie sich nicht der Gefahr aussehen wollten, zur Hälfte entlassen zu werden und sich mit einer achtstündigen Arbeitszeit zu begrügen. Ich bedauere, daß der Herr Abg. Rintelen den in früheren Sessionen eingebrachten Antrag über die Bestrafung von ungefährlichen Wahlbeeinflussungen nicht in dieser Session wieder eingebracht hat. Eine bessere Begründung, als diejenigen leisten soll, hätte er nicht finden können. Jeder Einzelne müßte, auf welchem Parteipunkte er immer steht, solche Beeinflussungen aus der Welt zu schaffen suchen. Bei der Wahl des Dr. Götz ist geradezu die Offenlichkeit ausgeschlossen worden, weil die Wahlvorsteher nicht duldeten, daß Wähler, welche bereits ihre Stimme abgegeben, ferner im Wahllokal sich aufhielten. Es existiert keine Bestimmung, die dem Wahlvorsteher ein solches Recht giebt. Mit der Möglichkeit der Kontrolle seitens anderer Wähler schwindet aber die Zuversicht und das Vertrauen auf die Wahlfreiheit. Der Protest besagt ferner, daß von den Wahlvorstehern mehrfach Stimmzettel für Dr. Götz vertheilt worden sind. Die Wahlprüfungscommission erkennt die Berechtigung dieses Protests nicht an, da es ja jedem freistehe, sich dieses Stimmzettels nicht zu bedienen. Ferner sind Bertheiler von socialdemokratischen Stimmzetteln von Beamten auf Befehl ihrer Vorgesetzten vom Wahllokal weggewiesen worden, während die Bertheilung von Stimmzetteln für Dr. Götz gebuhlt wurde. Alle diese Thatsachen fordern laut die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Dr. Götz. Die Auffassungen des heutigen Reichstages über Wahlprüfungen widersprechen aber denen, die er vor einigen Jahren in diesen Fragen hatte. Durch Beeinflussungen, wie die vorliegenden, wird eine Zusammensetzung des Hauses ermöglicht, die keineswegs der Ausdruck der Wählerschaft ist. Sonst hätte Dr. Götz nicht hier. Der Wahlprotest führt auch an, daß jüngere Leute ungeeigneter Weise für die Wahl des Dr. Götz agitirt hätten, namentlich Studenten, die auf Velocipeden hin und her gefahren seien. Es liege sich dagegen nichts einwenden, wenn man jungen Männern aus dem Arbeitervadle ebenso begegne, sie auch frei gewähren ließe. Die Mitwirkung der Kriegervereine bei der betreffenden Wahl ist bereits früher hervorgehoben. Die Mitglieder der Vereine würden bedeuten, daß es bei der Wahl sich in erster Linie um die Annahme der Militärvorlage handele. Die frühere Außerung des sächsischen Bundesrats-Bevollmächtigten über die parteilose Haltung der Kriegervereine trifft also nicht zu. Uns selbst liegt nichts daran, wenn die Krieger-Vereine Politik treiben, sie müßten dann aber auch als politische Vereine behandelt werden. Wenn die Mitglieder der Kriegervereine ihrer wahren politischen Überzeugung Ausdruck geben wollten, würden sie alle socialdemokratische Stimmzettel abgeben. Aus diesen Gründen werden wir, nachdem mein Antrag auf eine Untersuchung der Vorgänge bei den Wahlen nicht unterstützt worden ist, gegen die Gültigkeit der Wahl stimmen. Diese Discussion und die möglichst weite Verbreitung der Wahlprüfungen wird weiteren Kreisen im Lande die Augen darüber öffnen, wie die jetzige Mehrheit des Reichstages die Wahlen behandelt. Ihnen allen muß daran liegen, die Wahlen ohne Rücksicht auf den politischen Standpunkt zu prüfen; denn die Herren, die heute die Majorität haben, könnten auch einmal in der Minorität sein. Helfen Sie uns, diejenigen politischen Rechte, die dem deutschen Volke noch erhalten sind, schützen und stimmen Sie mit uns gegen die Gültigkeit dieser Wahl.

Bevollmächtigter für Sachsen, Oberstleutnant v. Schlieben, erklärt, daß die Kriegervereine in keiner Beziehung zur Militärverwaltung stehen. Es wäre also viel Lärm um nichts, wenn man hier gegen die Kriegervereine auftrete. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Rickert: Dieses Bravo kommt aus den Reihen jener Männer, die früher in der Wahlprüfungs-Commission anderer Meinung gewesen sind. Ein blinder Lärm um nichts soll es sein, wenn im Reichstage verlangt wird, daß die Gesetze des Reiches aufrechterhalten werden. Der sächsische Bevollmächtigte hält den Aufruf nicht für nötig, erkennt also an, daß er überflüssig gewesen ist. Das Präsidium des sächsischen Kriegerbundes hat geschwörig gehandelt mit diesem Aufruf. (Abg. Bebel: Sehr richtig!) Heißt das nicht Politik treiben, wenn man sagt, es handle sich in dem zu wählenden Reichstage in erster Linie um die Annahme der Militärvorlage? Ich bitte sonst um eine Erklärung darüber, was Politik treiben ist. Nach den Statuten der Kriegervereine ist jede politische und religiöse Erörterung ausgeschlossen. Ist das nun in dem Aufruf eine politische Erörterung oder keine? (Oberstleutnant von Schlieben: Keine! Heiterkeit links.) Ja, dann hört die Discussion hierüber auf; wir sprechen verschiedene Sprachen und verstehen uns nicht. Es würde die ganze Vergangenheit des Reichstages leugnen heißen, wenn man diese Interpretation annehmen wollte. Jener Offizier in dem berühmten Horfaer Fall sagte: Wenn Ihr Regierungspolitik treibt, treibt Ihr keine Politik, wenn Ihr aber freiwillig wählt, das heißt Politik treiben. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob der Herr sächsische Bevollmächtigte sich diese Interpretation zu eigen macht; es scheint, daß er davon doch einen gewissen Horror hat. Es hat mich überrascht, daß der Antrag Singer die Unterstützung nicht fand, während sie mein Unteramendement erhielt. Ich nehme deshalb den Antrag Singer wieder auf und bitte, ihn nochmals zur Unterstützung zu bringen. Ich hoffe, daß es sich jetzt bei der Unterstützung anders verhalten wird. Wir sind jetzt bei nur schwacher Beziehung des Hauses bei dem wichtigen Geschäft angelangt, welches der Volksvertretung überhaupt aufliegt. (Herr v. Kardorff lacht.) Dem Herrn v. Kardorff scheint dies nicht einzuleuchten. (Abg. v. Kardorff: Nein!) Es ist doch nichts wichtig, als daß der Reichstag als Wähler des Reichs auftritt in dem einzigen Falle, wo er allein nach der Verfassung zu entscheiden hat. Ein Culturopolit ist mir an der Sicherheit, mit welcher die dem Einzelnen gewährleisteten Rechte geschützt werden; ein Volk steht niedrig auf dem Gebiete der Cultur, wenn der Einzelne Eingriffen in seine Rechte machtlos gegenübersteht. Eine Volksvertretung leugnet ihre Existenz und vernichtet ihre Zukunft, wenn sie nicht jeden Tag ein treuer Wächter der Rechte ist. Ein jeder hat ein Interesse daran, daß die Wahlprüfungen so erledigt werden, daß möglichst Schwankungen darüber vermieden werden, und daß man ohne Rücksicht auf die politische Stellung des Gewählten die Wahl prüft. Aljo lediglich das hat uns veranlaßt, im Jahre 1873 auf Antrag Bernulf-Doppenheim eine Wahlprüfungscommission einzufegen und diese Sache den Abtheilungen zu entziehen. Man meinte, daß in den Abtheilungen die politischen Momente viel mehr in den Vordergrund treten, als bei der Wahlprüfungscommission der Fall sein würde. Aber seit zehn Jahren haben wir einen solchen Umschwung in den Annahmen über die einzelnen Fälle erlebt, daß der Wunsch nach einer konstanten Praxis völlig unerfüllt geblieben ist. Welche Wendungen hat seit dem bekannten Fall Eisenlohr bis heute die Wahlprüfungscommission in ihren Urtheilen und Beschlüssen genommen? Ich mache Niemandem einen Vorwurf daraus, aber ich stelle die Thatsache fest. Früher wurden auch bei den für gültig erklärt Wahlen die Ungehörigkeiten und Gesetze

widrigkeiten in besonderen Beschlüssen zur Sprache gebracht und der Reichskanzler ersucht, durch die Behörden die Vorgänge weiter untersuchen zu lassen und öffentliche Rüge zu ertheilen. Darauf ist heute gar keine Rede mehr. Bei der Wahl sind die haarräuberndsten Vorfälle vorgekommen, die Commission hat keinen einzigen Fall zur Untersuchung vorgeschlagen. Als die Wahlprüfungen noch in den Abtheilungen vorgenommen wurden, wurden solche Dinge nicht gemacht. Ich stelle zur Erwägung anheim, ob es nicht richtig wäre, die hohe Wahlprüfungscommission ihres schweren Amtes zu entheben und diese Tätigkeit wieder in die Abtheilungen zu bringen. Ich stelle ferner zur Erwägung anheim, ob überhaupt die Einrichtung der Abtheilungen heute noch irgend einen Sinn hat. Sie wurde nur darauf begründet, daß die gesetzgebenden Körperschaften in Abtheilungen getheilt wurden, in denen eine politische Tätigkeit ausgeübt wurde. Heute stehen die Abtheilungen nur noch im Handbuch, weiter nichts. Für jetzt und die nächste Zukunft werde ich hierfür im Reichstag allerdings kein Echo finden, aber nach langer Zeit wird der Reichstag diese Praxis nicht mehr aufrecht erhalten können. Das Bild, das wir von der Wahlfreiheit in diesem Wahlkreis empfangen, ist ein außerst trauriges, degradiertes niederrückendes. Wie weit die Verbitterung der Parteien geitlegen, mögen Sie aus dem Eingange des Gegenprotests der vereinigten Ordnungs-Parteien ersehen, in dem es heißt, daß die Einzender, gerade um die Protesterheber vor Meineids-Anwändungen und deren Folgen zu bewahren, sich verpflichtet gehalten hätten, den Gegenprotest einzureichen. Ist es nicht unerhört, daß man es wagt, mit derartigen Schriftstücken an den Reichstag zu kommen, und müssen wir nicht bei einer derartigen Einleitung alles Vertrauen in die Wahlfreiheit der Ausführungen verlieren? Ich habe deshalb dem Gegenprotest nur einen geringen Werth beigelegt; es ist eigentlich eine beleidigende Zummuthung die dem Reichstag mit diesem Protest gestellt ist. Die Behauptung der Wahlprüfungs-Commission, daß selbst, wenn alle vorgebrachten Beschwerden berechtigt wären, Götz dennoch die Majorität habe, enthebt der Begründung. Es sind gar nicht alle Beschwerden von der Commission geprüft und in Erwägung gezogen. Unter Zugrundelegung der Rechnung der Commission würde allerdings Götz immer noch eine Majorität von 158 Stimmen haben; aber die absolute Majorität schwindet, wenn die nicht in Betracht gezogenen Fälle mit in Rechnung gestellt werden. Leute, die Armen-Unterstützung geziichtet und mitgestimmt haben, sind nicht durchweg in Rechnung gezogen. Von einem Wähler, der in dem Gemeindehause wohnt, über den aber nicht mit Sicherheit festgestellt ist, ob er auch Geldunterstützung bezieht, nimmt die Commission an, daß er keine Armenunterstützung erhält. Nach meinem Dafürhalten ist, wer in dem Gemeindehause wohnt, mindestens stark verdächtig, auch Geldunterstützung zu erhalten, wie übrigens in einem andern Falle auch seitens der Commission angenommen wird. Außerdem fällt jede Unterstützung, ob durch Wohnung, Nahrung, Kleidung oder Geld, unter die Armenunterstützung. Im Allgemeinen pflegt die Commission den Bevölkerungsbehörden, wenn nicht der sicherste Beweis für alle Details erbracht ist, nicht zu glauben; und ist dies der Fall, dann wird über die Sache als unerheblich hinweggegangen. So sagt der Bericht von einer Vertheilung von Stimmzetteln durch den Gemeindedienner, sie sei zwar an sich ungehörig, im Übrigen aber ohne Einfluß auf das Wahlergebnis, und deshalb wird der Fall nicht in Rechnung gestellt. Solche Dinge schmähen genügen, um zum Mindesten die Sache noch einmal der Wahlprüfungscommission zurückzugeben. Ich glaube sogar, sie reichen aus, um schon heute eine Beanstandung der Wahl auszusprechen. Der Ausdruck der Offenlichkeit der Wahlhandlung ist ebenfalls in einzelnen Fällen berechnet, in anderen nicht.

Völlig außer Acht gelassen von der Commission ist ferner die Agitation der Kriegervereine. Noch 1886 wurde die Wahl des Abg. Zeiß für ungültig erklärt im wesentlichen mit Rücksicht auf die Wahlagitation der Kriegervereine. Welche Gründe haben denn die Schwenung der Wahlprüfungs-Commission in dieser Sache veranlaßt? Die Agitation der Kriegervereine ist nach unserer Meinung eine gezwidrige und unzulässige, und der Reichstag das einzige Forum, vor dem derartige Gezwidrigkeiten gerügt werden können. Wir haben das lebhafte Interesse für die Kriegervereine, aber im Interesse des gemeinsamen Vaterlandes wünschen wir, daß sie vor religiösen und politischen Zwistigkeiten bewahrt werden. Es ist eine unerhörte Rechtsverletzung, wenn die Mitglieder einer Partei sich annähern, die Macht der Kriegervereine für einseitige Parteinteressen zu benutzen. Es liegt auch nicht im Interesse der Krone von Sachsen, wenn gewissermaßen unter Sanction des hohen Namens ganz offen von dem sächsischen Kriegerbund gegen die Statuten gefehlt wird, und der Minister nicht eintrittet, wie es seine Pflicht in dieser Beziehung ist. Der Reichstag ist gebunden, zu zeigen, daß er die Wähler in ihren Rechten zu schützen gewillt ist. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitg.“, meine fürzlich, vom idealen rechtlichen Gesichtspunkt aus sei ja die Forderung, daß die Kriegervereine keine Politik treiben, ganz berechtigt; aber was seien denn die Mar-Hirsch-schen Gewerbevereine und der Ritterliche Verein zur Verbreitung von Volksbildung anderes, als Vereine zur Verbreitung demokratischer mancherlei Theorien. Diese Leute haben eben gar kein Verständniß, wie man solche Dinge betreiben kann, ohne dabei die Politik einzumischen. Ich kann nur erklären, daß ich in meiner Stellung als Vorsteher jenes Vereins mit keinem Wort die Politik in dem Verein habe mitzuhaben lassen. Wir werden die Kriegervereinfrage so lange vorbringen, bis Abschluß geschaffen ist. Wir wollen den Glauben nicht aufkommen lassen, daß derartige Beschwerden doch nichts helfen; wir wollen vielmehr zeigen, daß sie ein geneigtes Gehör bei uns finden. Wir haben umso mehr Veranlassung, die Kriegervereine vor allen diesen Überschreitungen ihrer gesetzlichen Befugnisse zu schützen, wenn wir erwägen, daß z. B. in Sachsen bei einer Gesamtzahl von 650 000 Bürgern 1047 Kriegervereine mit 112 000 Mitgliedern bestehen. Andererseits haben wir dabei im Auge, daß ja die Kriegervereine gewisse Vorrechte genießen; sie fallen nicht unter das Vereinsrecht, sie unterliegen nicht polizeilicher Beaufsichtigung, dürfen mit einander in Verbindung treten u. s. w. Was schließlich die Erkennbarkeit der Stimmzettel betrifft, so möchte ich Sie fragen, ob es nicht im Interesse aller Parteien dieses Hauses wäre, von hier aus den Anstoß zu geben, daß in jedem Wahlkreis vor jeder Wahl die Comites zusammenentreten und erklären, wir werden aus diesem oder jenem Papier die Stimmzettel nehmen. (Zustimmung links.) Ich werde mit die Freiheit nehmen, die Herren zu einer freien Besprechung einzuladen, und ich hoffe, daß wir vor den nächsten Wahlen einen gemeinsamen Aufruf mit unseren Namen in diesem Sinne erlassen werden. Es ist mir ganz gleich, ob ich mein Votum gegen einen socialdemokratischen oder gegen einen conservativen Abgeordneten abgeben muß. Aber ich bitte Sie, gerade mit Rücksicht darauf, daß es sich hier um einen socialdemokratischen Gegencandidaten handelt, dafür zu sorgen, daß die Hunderttausende von Arbeitern, welche noch immer unter einem schweren Ausnahmegesetz stehen, unverzüglich nach freier und gewissenhafter Überzeugung ihr Wahlrecht ausüben können. (Beifall links.)

Sächsischer Bevollmächtigter, Graf Hohenthal, erklärt, daß die sächsische Regierung von dem Vorgehen der Kriegervereine bei den Wahlen von 1887 Kenntnis gehabt und es nicht reprobiert hat. (Hört! links. Beifall rechts.) Nach dem sächsischen Vereinsgesetz werden bei den Vereinen unterschieden solche, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, und solche, die es nicht thun. Die Kriegervereine sind immer als zur ersten Klasse gehörig, betrachtet worden; sie haben auch nach dem Gesetze das Recht erhalten, sich unter einander zu verbinden. Ihr Auftreten bei der Wahl war kein politisches (Heiterkeit), sondern es handelte sich um einen Kampf der Ordnungsparteien gegen die Socialdemokratie, und dabei ist es nicht verwunderlich, daß die Kriegervereine sich auf die Seite der Ordnungsparteien gestellt haben. (Beifall rechts.)

Abg. Zeiß (natl.) bestreitet, daß bei seiner Wahl die Kriegervereine agitatorisch aufgetreten seien. Die Vereine, welche dem deutschen Kriegerbund angehören, haben in ihren Statuten gar kein Strafmittel in dieser Hinsicht. Kein Mitglied braucht sich in politischer Beziehung irgend welche Vorschriften machen zu lassen. Politik soll in diesen Vereinen nicht getrieben werden. Wenn Ausnahmen vorgenommen sind, dann soll man gegen diese Ausnahmen vorgehen, aber nicht gegen alle Kriegervereine insgesamt, die solche Angriffe nicht verdient haben. Diese Vereine haben für die Unterstützung ihrer Mitglieder Großartiges geleistet, für die Witwen und Waisen ihrer Kameraden gesorgt und dabei noch zahlreiche Sanitätskolonnen ausgebildet, welche sie für den Fall eines Krieges dem Reich zur Verfügung stellen. Die Socialdemokratie haben in Meiningen zuerst versucht, die Kriegervereine für politische Agitationen zu benutzen. Das dient dazu geführt, daß auf die Parole: „Treue gegen Kaiser und Reich!“ mehr Nachdruck gelegt wurde. Socialdemokratie und antimonarchische Elemente gehören nicht in die Vereine. Es wird doch wohl im Deutschen Reich noch gestattet sein, unter der Parole „Treue gegen Kaiser und Reich“ zu einem Verein zusammenzutreten und sich als

Freund des Reiches zu erklären? Bei der zur Berathung stehenden Wahl ist nichts vorgekommen, was den Reichstag veranlassen könnte, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Bebel, Referent der Wahlprüfungs-Commission, nimmt das Verfahren derselben in Schutz.

Abg. Träger: Der Abg. Zeiß hat gemeint, der Gang der heutigen Debatte werde die Kriegervereine über ihre wirkliche Pflicht belehren. Es fragt sich aber, ob das Auftreten der Kriegervereine die Wahlfreiheit verletzt und ob die Statuten derselben nicht verletzt worden sind. Diese Vereine werden oft als reine Privatvereine betrachtet, was sie durchaus nicht sind, da ihnen Fahnen verliehen werden und sie auch sonst eine gewisse militärische Organisation zeigen. Bei der Frage, was denn Politik treiben sei, darf man nicht mit und hinter Worten Politik spielen. Der sächsische Bundesratsbevollmächtigte hat erklärt, es werde nicht Politik in den Vereinen getrieben, wenn in den Auftritten keine Kandidaten und keine Parteien genannt würden. Herr Zeiß meint das Proclamiren von Treue für Kaiser und Reich sowie noch nicht Politik treiben. Die Parole „Für Kaiser und Reich“ ist allerdings eine, die in Ledermanns Herz widerhallt. Aber wenn mit ihr in den Wahlkampf eingetreten wird als Untertheidungsmittel für eine bestimmte Partei, (Abg. Rickert: Für eine Regierungsvorlage!) dann ist das wirklich Politik getrieben. Es wird mit dieser Parole auch nicht allein gegen die Socialdemokratie vorgegangen, sondern auch gegen andere Parteien. Der Protest befürwortet sich auch darüber, daß die sächsische Regierung es nicht verschmäht habe, selbst in den Wahlkampf einzuziehen durch den bekannten Erlass vom 17. Februar 1887. Es entsteht nun die Frage, wie eine wohltemperierte Regierung sich bei den Wahlen zu verhalten hat. Nach meiner Ansicht müßte sie sich bei jedem Wahlkampf mühselig verhalten und mit gekreuzten Armen in einer vornehmen Haltung, wie sie einer Regierung so wohl ansteht, verbarren. Sie findet ohnedies so zahlreiche Unterstützungen seitens regierungsfreundlicher Parteien, daß sie sich über ein zu viel als zu wenig zu beklagen hätte. Man sagt nun, die Regierung habe die Pflicht, falsche Unterstellungen klar zu legen, und so habe auch die sächsische Regierung die über die Bedeutung des Septennats vielfach aufgelauchten falschen Gerüchte widerlegt, welche dahin gingen, als ob das Septennat die Ausdehnung der Militärdienstzeit auf sieben Jahre bedeute. Diesen Gerüchten hat die sächsische Regierung sich veranlaßt gesetzen, entgegengesetzt, was auch in Preußen der Fall gewesen ist, aber hier nur von einzelnen Landräthen. Trotz meiner eifriger Thätigkeit und Beobachtung bei den letzten Reichstagswahlen sind mir aber derartige Auslegungen der Septennatsfrage nicht vorgekommen. (Oho!) Ich halte das Ganze für eine Legende: ich möchte auch den sehen, der die Stirn hat, mit einer derartigen Behauptung vor eine Wählerversammlung zu treten; denn die Frage des Septennats war vollkommen klargestellt. Das Eintreten der sächsischen Regierung in den Wahlkampf kann aber zu Gunsten einer bestimmten Partei ausgelegt werden. Sie hätte besser gehanzt, den betreffenden Erlass nicht ergeben zu lassen. Auf die Thätigkeit der Wahlprüfungscommission in der letzten Zeit muß ich mit großem Bedauern blicken. Es werden hier große Berechnungen ange stellt, ob der Zuwachs von Stimmen in Folge ungewöhnlicher Beeinflussungen den Ausfall der Wahl geändert hätte. Hierauf kommt es aber in keiner Weise an, sondern nur auf die Thatsachen selbst. Ebensoviel sind gelehrt und spitzfindige Untersuchungen über das, was gerechtfertigt ist oder nicht, am Platze. Wenn Beeinflussungen vorgenommen sind, durch welche bei einem Theil der Wähler Beängstigungen hervorgerufen wurden, so hat die Wahlprüfungscommission die Pflicht, diese Thatsachen an sich zu untersuchen.

Staatssekretär v. Bötticher: Die sächsische Regierung hat durch ihre Berechtigung jedenfalls eine falsche Auslegung des Begriffes Septennat beseitigt. Es sind sowohl an den Reichskanzler als auch an mich Anfragen in dieser Beziehung gekommen und ich habe daraus Veranlassung genommen, in der Presse eine Richtigstellung ergehen zu lassen. Die Berechtigung einer solchen verbreiteten falschen Nachricht ist ein verdienstliches Werk und keine Beeinflussung der Wahlen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Huene (Centr.) beantragt Zurückverweisung dieser Wahlprüfung an die Commission.

Abg. v. Friesen (Dosc.): Es wäre mir eigentlich angenehm, wenn der Antrag Singer angenommen würde, das Resultat der anzustellenden Ermittlungen würde ein ganz anderes sein, als Herr Singer erwartet. Denn es würde sich herausstellen, daß die Socialdemokratie einen ungeheuren Terrorismus ausübt und den gesetzlichen Bestimmungen vielfach höhn gesprochen haben. Man sollte das Volk nicht so beleidigen, daß man behauptet, die in den Protesten angegebenen Dinge hätten ausgereicht, um die Leute einzuschüchtern und ihre Wahl zu beeinflussen.

Abg. v. Huene glaubt, daß das Haus auf Grund des vorliegenden mangelhaften Berichtes zu einem richtigen Beschuß nicht kommen kann. Er habe deshalb beantragt, denselben nochmals der Commission zu überweisen.

Die Debatte schließt mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen.

Der Antrag von Huene wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Socialdemokraten, des Centrums und der Abg. Netemeyer und Hildebrandt abgelehnt; ebenso der Antrag Rickert.

Die Wahl des Abg. Götz wird für gültig erklärt.

Schluß 5½ Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (Wahlprüfungen).

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* Berlin, 10. Jan. Nach der „Voss. Zeitg.“ ist über die Afrikavorlage noch immer nichts entschieden, da die Berathungen erst vor wenigen Tagen begonnen haben. Auch sollen noch verschiedene Personen, darunter der vor Kurzem aus Afrika zurückgekehrte Hans Meyer-Leipzig gehört werden.

Was die Wissmann'sche Expedition anlangt, verlautet, daß mit Wissmann die ausgewählten Begleiter desselben, Stabsarzt Dr. Schmelzkopf und Kaufmann Eugen Wolf von dem Emin Pascha-Unternehmen zurücktreten und ihn auch unter den veränderten Umständen nach Afrika begleiten

* Berlin, 10. Jan. Der Hilfslehrer Ender vom Schullehrerseminar zu Pilchowitz ist unter Beförderung zum ordentlichen Seminarlehrer an das Schullehrerseminar in Rosenberg O.S. versetzt.

* Braunschweig, 10. Jan. Der pensionierte Hoffchauspieler Karow erschöpft sich im Wartesaal I. Klasse des Staatsbahnhofes in Folge schwerer Hypochondrie.

!! Wien, 10. Januar. Bei der Wehrgegesegebatte im ungarischen Reichstage sagte der Unterrichtsminister Csaky: „Feder Ungar ist ein um so besserer Ungar, je mehr Deutsch er weiß. Man erweist Ungarn einen schlechten Dienst als Patriot, wenn man nicht deutsch lernt. Die deutsche Cultur ist uns am nächsten. Die „Nirdeutsch-Politik“ hatte einen Sinn, als es galt, die Constitution wiederzuerobern; jetzt hat die Verfolgung und die Furcht vor der deutschen Sprache keinen Sinn. Die Rude Csakys machte trotz stürmischer Unterbrechungen der äußersten Linken großen Eindruck.“

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 10. Januar. Fürst Bismarck ist Abends 9½ Uhr hier eingetroffen.

Berlin, 10. Jan. Die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft berief den Consul Böhmen beauftragt Theilnahme an den Verhandlungen betreffs Anwerbung einer Schutztruppe. Dieselbe soll von Wissmann angeworben und bezeichnet werden, und es würden mehrere inactive Offiziere in dieselbe und in den Dienst der Gesellschaft, darunter Grafenreuth, eintreten, der in Bagamoyo commandirte. — Der „Nationalzeitung“ zufolge sind Verhandlungen mit der Regierung in Madrid wegen Erneuerung des deutsch-spanischen Handelsvertrages eingeleitet.

Stuttgart, 10. Jan. Bei den gestrigen Landtagswahlen gewann die Regierung sechs Sitze: Stuttgart (Stadt), Backnang, Maulbronn, Neckarsulm, Niedlingen, Sulz, und verlor einen Sitz in Neuenburg. Es sind vier Stichwahlen erforderlich, in Esslingen, Besigheim, Hall und Heilbronn (Amt). In Tübingen unterlag Payer (Demokrat), dagegen wurden Haushmann (Demokrat) und Gröber (Centrum) gewählt. Minister Mittnacht und Schmid siegten mit großer Majorität.

Wien, 10. Januar. Die Österreichisch-ungarische Bank führt 167 317 Gulden als die Hälfte des Überchusses über das siebenprozentige Ertragsnis an beide Staatsverwaltungen ab, und schreibt diesen Betrag von ihrer 80 Millionen schuld ab.

Paris, 10. Jan. Der Senat wählte Leroyer mit 182 Stimmen zum Präsidenten wieder. 16 Stimmzettel waren unbeschrieben.

Paris, 10. Jan. Der Marineminister teilte im heutigen Ministerrat eine Telegramm des Gouverneurs von Obock mit, worin gemeldet wird, daß der Gouverneur mit dem Commandanten des französischen Schiffes „Météore“ übereingekommen ist, Maßregeln gegen die Unterdrückung des Selavenhandels zu treffen.

Paris, 10. Jan. Die Bank von Frankreich hat den Discont von 4½ auf 4 Prozent herabgesetzt.

Belgrad, 10. Jan. Das „Amtsblatt“ veröffentlicht Uecke, wodurch der bisherige Gesandte in Wien Bogicevics in Disponibilität versetzt, Staatsrat Milan Petronijevic zum Gesandten in Wien ernannt werden.

Wähler-Versammlung.

H. Breslau, 10. Januar.

Die vom Vorstande des Wahlvereins der deutsch-freisinnigen Partei für heut Abend einberufene Wählerversammlung war mindestens ebenso vortrefflich besucht, wie die seitens der Cartellparteien gestern im Rösterischen Saale abgehaltene. Bereits lange vor dem auf 8 Uhr angestehenden Beginn der Versammlung war der weiße Saal des Concerthauses in allen seinen Räumen einschließlich der Tribünen dicht besetzt, und noch immer strömten Hunderte herbei, um Einlaß zu erlangen, der schließlich zahlreichen Wählern versagt werden mußte.

Der stellvertretende Vorsitzende des Wahlvereins, Rechts-Anwalt Kirschner, eröffnete, nachdem der Reichs- und Landtags-Abgeordnete G. Richter, von der Versammlung mit brausendem, nicht enden wollendem Jubel empfangen war, bald nach 8½ Uhr die Sitzung, indem er die Herren Mechaniker Burgan und Stadtrath Beblo ersuchte, mit ihm das Bureau zu bilden, und sodann sofort das Wort dem Redner des Abends ertheilte.

Herr Eugen Richter, abermals mit donnerndem Zuruf begrüßt, führte aus:

Meine Herren! Diese großartige Versammlung, ihr freundlicher Empfang, beklagen mir, daß das politische Interesse seit den drei Monaten, wo ich die Ehre hatte, vor Ihnen in Breslau zulegt zu sprechen, sich trotz des Wahlkampfes nicht gemindert hat. Manches haben wir seitdem erlebt. Die freisinnige Partei ist bei den Landtagswahlen nicht glücklich gewesen; die erhofften Erfolge haben wir nicht erzielt. Vierzig Mandate besagten wir in der abgelaufenen Wahlperiode, nur mit 29 sind wir aus der letzten Wahl hervorgegangen. Aber unsere Gegner irren, wenn sie glauben, daß wir dadurch irgendwie im Entferntesten entmächtigt seien. Es wogt im politischen Leben auf und nieder. Es hat Seiten gegeben, wo wir im Reichstage bis auf 24 Mitglieder vermindert waren, um gleich darauf bei der nächsten Wahl wieder auf 64 uns zu verstärken, und wenn wir wirklich Augenblicke der Niedergeschlagenheit haben sollten, gerade unsere Gegner sind es, die uns wieder aufrichten müssen. Denn ich habe wahrlich nicht bemerkt, daß wir seit den letzten Landtagswahlen in deren Augen an Bedeutung eingebüßt haben. (Bravo!) Im Gegenteil, ihre Angriffe sind stärker, häufen sich auf uns mehr als auf irgend eine andere unabhängige Partei im Reichstage und Landtage. Nach dem Mass ihrer Angriffe zu ermessen müßten wir nicht 29, im Reichstag nicht 36 Mann, sondern das Bierfaß so stark sein. Sie könnten uns auch dann nicht mehr Ehre durch die Häßlichkeit ihrer Angriffe verleihen (Bravo!), in deren Augen scheinen die Stimmen von uns wenigstens weniger gezählt als gewogen zu werden (Bravo), derart, daß Jeder von uns vier der Gegner aufwiegt.

Allerdings, schwärzen haben wir bedauert, insbesondere den Ausfall der Breslauer Landtagswahlen wegen des Verlustes an hervorragenden parlamentarischen Kräften, die uns dadurch zugefügt sind. In Alexander Meyer hat nicht bloss der Freisinn, nein, hat der ganze Landtag eine ausgezeichnete Kraft verloren (Beifall), und es ist fast mehr als ein Scherz, daß ein Minister nach dem Ausfall der Landtagswahlen sich äußerte: „Schade, daß die freisinnige Partei so gegen Wahlbeeinflussungen ist; wenn das nicht wäre, hätte ich mich vielleicht veranlaßt sehen können, in Breslau die Wahl zu Gunsten des Herrn Meyer zu beeinflussen.“ Unser Freund Friedländer ist älter als ich; aber ich habe mich gewundert, und bin erstaunt gesehen während seiner parlamentarischen Thätigkeit, mit welcher jugendlichen Frische und Kraft, mit welchem Eifer und Interesse er sich im Landtage, insbesondere in der Budgetcommission, den Arbeiten derartig gewidmet hat, daß ich ihn mitunter bitten mußte, sich doch von dem Vorherrschen und der Majorität nicht zu sehr als Arbeitskraft im Referentendienst auszunutzen zu lassen, wir fühlen uns nicht besiegt. Wir appellieren von der Landtagswahl an die Reichstagswahl und es ist für uns ein günstiger Zufall, daß wir unmittelbar nach den Landtagswahlen in Breslau in der Lage sind, an das Reichstagswahlrecht zu appellieren. Die Gegner haben von der Gunst gesprochen, welche das Drei-Klassen-Wahlsystem uns zuwendet, und der pluto-kritischen Herrschaft, die dadurch begünstigt werde, von der Schulknüchterschaft, in welcher in der 3. Klasse so Mancher seine Stimme gegen seinen Willen für uns abgeben müsse. Nun bei diesem Reichswahlrecht muß es sich zeigen, was es auf sich hat; da muß es sich zeigen, ob es wirklich nur das Interesse für freie Wahlen gewesen ist, was auf der Gegenseite den Cartellbrüdern es bei den Landtagswahlen bewirkt hat, daß nicht minder als 155 Beamte, darunter 20 Schuhmänner und Polizeicommissarien als Wahlmänner und Vertrauenspersonen der Cartellparteien gewirkt haben. (Lebhafte Beifall.)

Aber, m. H., es scheint, als ob es unseren Gegnern selbst jetzt, wo es auf das Reichstagswahlrecht ankommen soll, auch gerade dieser Sache nicht recht trauten. Hat doch das Organ der Cartellparteien, das „Schlesische Morgenblatt“, vor einigen Tagen der Wählerschaft den Schimpf ins Antlitz geschleudert, daß es sagt: Die Speculation auf die Wahlen ist so lange eine unsichere, als leitere zum großen Theil aus dummen Jungen und Radabrudern bestehen. So urtheilen also die Cartellparteien über das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahl-

recht. Das spricht nicht dafür, daß sie Vertrauen zum Volke haben, wenn das Volk Gelegenheit hat, sich in Folge dieses Wahlrechtes in seinen Ansichten zu befinden.

Wir appellieren bei diesen Wahlen auch von jener Minorität, welche bei den Landtagswahlen mitgewirkt hat, an die Majorität der Breslauer Wähler. Denn wie das Landtagswahlrecht beschaffen ist, so haben in Breslau nur 31 Prozent der Wahlberechtigten überhaupt ihre Stimme abgegeben, und wenn Sie erwarten, daß die Gegenparteien dabei nicht einmal die absolute, sondern die relative Majorität gehabt haben, so darf man sagen, wenn 3 Abgeordneten repräsentieren noch nicht 16 Prozent der Wahlberechtigten in Breslau, während erfahrungsgemäß bei den Reichstagswahlen mehr als 70 Prozent ihre Stimme abzugeben pflegen.

Ich habe gesagt, wir bedauern es, so hervorragende parlamentarische Kräfte bei den Landtagswahlen verloren zu haben. Nun, wir in Berlin in den parlamentarischen Kreisen, sind sehr gespannt darauf, wie die drei Landtagsabgeordneten der Cartellparteien demnächst als Abgeordnete diese Kräfte zu ersetzen im Stande sein werden. (Heiterkeit.) Sie dürfen mir das nicht übel nehmen. Ihnen in Breslau mögen die hervorragenden Eigenschaften dieser drei Abgeordneten mehr bekannt sein; wir außerhalb haben nur bis jetzt ihren Namen in parlamentarischer Beziehung und wohl auch sonst kaum gehört. Ganz besonders, und das darf man uns nicht übel nehmen, sind wir gespannt auf die oratorischen Leistungen des Herrn Schröder (Heiterkeit), und so sagt man in Berlin, wenn die Cartellparteien den selben Herrn Schröder, nachdem er eben in den Landtag gewählt ist, auch als Reichstagskandidaten auf den Schild erheben, so muß doch eine so bedeutende Kraft für das parlamentarische Leben sein, wie es vielleicht die Welt nicht, jedenfalls Breslau bisher nicht gegeben hat. (Große Heiterkeit und Beifall.) Und wenn er vielleicht in dieser Beziehung in seinen oratorischen Leistungen in dem Wahlkampf selbst sich in Breslau geschont hat, so mag es nur deshalb geschehen sein, um desto mehr seine vernichtende rednerische Kraft gegen uns im nächsten Landtage und Reichstage entfesseln zu können.

Meine Herren, die Beziehungen bei der Landtagswahl sind infolge verschieden von denen bei der Reichstagswahl, als bei der letzteren auch die Socialdemokratie sich betheiligt und mit ihr ein erhebliches Contingent der Wähler auftritt, welche sich bei der Landtagswahl der Stimme enthalten. Nach der bisherigen Statistik der Wahlen kann man annehmen, daß in Breslau etwa ein drittel der Wahlberechtigten der socialdemokratischen Partei, ein drittel der Cartellparteien und ein drittel der freisinnigen Partei zusammfällt. Nun sagen die Cartellparteien immer, sie seien den Extremen entgegen, sie seien für den Mittelstand. Ja, wenn das wäre, könnten sie das vier beibehalten, denn bei den Landtagswahlen sind zwischen der Socialdemokratie und den Cartellparteien gerade wir die Mittelpartei, für welche, nach ihrer Logik also, die Cartellparteien von vornherein eintreten müssten. Wir haben uns bei dieser Wahl zu vertheidigen nach links, wir haben uns zu vertheidigen nach rechts, wir sind alle Gegner der Socialdemokratie, wir sind es zumeist und in erster Linie, weil wir es nicht für richtig halten, daß nach ihrem Programm die gesamte Volkswirtschaft, alle Production verstaatlicht wird, aus dem Programm der Socialdemokratie, aus ihren Reden, die ich auch in Breslau sorgfältig verfolgt habe, geht dies allerdings nicht mit der nötigen Klarheit und Schärfe hervor. Sie sprechen nur davon, daß man die Werkzeuge für die Arbeit gemeinschaftlich im Staate machen müsse. Was heißt das? Werkzeug für die Arbeit ist aller Grund und Boden, Werkzeug sind alle Bauteile, Werkzeug sind alle Maschinen, alle Vorräthe, Werkzeug ist alles Geld. Wird dieses alles gemeinschaftlich, wird alles dieses Staatseigenthum, was bleibt dann für das Privateigenthum übrig? Nichts weiter als die Kleider etwa, die man am Leibe trägt, und die Essportionen, die man vom Mittag bis zum Abend aufzuheben im Stande ist? Das ist das verschleierte Bild, was nicht genug von den Socialisten enthüllt wird, daß das Privateigenthum dafelbst beschädigt wird, auch das, welches unmittelbar zum persönlichen Gebrauch dient. Nach socialdemokratischer Lehre wird mit der Verstaatlichung aller Werkzeuge jede selbstständige Production aufhören. Es gibt im socialdemokratischen Staat keine selbstständigen Handwerksmeister, keine selbstständigen Handelsmänner, es gibt nur Directoren, Beamte und Arbeiter des Staates. Die Socialisten glauben, daß durch eine solche Organisation der Verstaatlichung von oben herab es erreicht wird, daß der Einzelne mit weniger Arbeit in eine bessere Lebenshaltung gelangt. Wir sind umgekehrt Weinland; wir meinen, wenn dem Einzelnen jede Aussicht entzogen wird, mehr zu erreichen, als aus der Hand in den Mund zu leben, wenn ihm die Möglichkeit entzogen wird, durch Sparsamkeit in seinem Leben vorwärts zu kommen oder seinen Kindern im Wege des Erbrechts ein besseres Dasein zu ermöglichen, wenn die Konkurrenz der Privatunternehmungen, jeder Wetteifer in der Production aufhört, daß dann die moralische Kraft der Volkswirtschaft entzogen wird, deren Verlust an Arbeitsfreudigkeit und Arbeitskraft den Staat mehr schädigt als jede Organisation von oben herab Vortheil bringen kann. (Sehr richtig!) Wir sind der Meinung, die Verwirklichung des socialdemokratischen Staates ist kein Fortschritt, auch nicht für den Durchschnitt der Menschen, für Niemanden, sondern ein Rückschritt der Culturbeziehungen (Beifall), und daß dieser Rückschritt die Verbindung jeglicher persönlichen Freiheit mit sich bringt. Im socialdemokratischen Staat giebt es nur einen Arbeitgeber und das ist der Staat selbst. Was bleibt von Selbstständigkeit übrig, wenn jeder Arbeitnehmer einzeln und allein von einer einzelnen Behörde abhängt? Und wenn diese Behörde auch sozialistisch ist und wenn sie auch auf dem denksaften demokratischen Wege eingeführt wird — jeder Mensch will ein Gebiet haben, in welches ihm keine Behörde hineingreifen soll (Beifall), sei es durch ein Wahlrecht oder eine Organisation von oben herab. Der socialdemokratische Staat in seiner Verwirklichung würde nichts sein, als ein großes Gefängnis, ja, so zu sagen, schlimmer als dieses, weil im Gefängnis doch mancher in einem Ende der Zeit, eine Befreiung, ja selbst einen Überverdienst aus dem Gefängnis in die Freiheit mit hinübernehmen kann, während diese Organisation eine dauernde ist und jede Aussicht auf persönliche Freiheit definitiv zerstört ist. (Beifall.) Das ist das verschleierte Bild, welches zu wenig bekannt ist. Ich habe die Überzeugung, daß von den vielen Kaufleuten, die in Deutschland mit den Socialisten stimmen, nur der kleinste Theil diese außerste Consequenz ziehen will. (Beifall.) In der Vorstellung der Meisten erscheint die Socialdemokratie gewissermaßen wie ein linker Flügel der freisinnigen Partei, etwas radicaler, etwas konsequenter entwickelt. Ist das richtig? Mit nichts! Man sagt, wir, die freisinnige Partei, hätten den Sinn — so heißt es im socialdemokratischen Flugblatt — für Socialreform und Verbesserung der Arbeiterverhältnisse im Wege der Gesetzgebung. Das ist nicht richtig, das ist unwahr; Jedermann (Brischens) in Folge dessen der Ruhestörer aus dem Saale entfernt wird! (Bravo!) Verübihigen Sie sich; wenn die Junfern im Abgeordnetenhaus und im Reichstage mich nicht mehr unterbrächen, als solche einzelne Zwischenfälle, dann würde ich sehr zufrieden sein können. (Lebhafte Beifall.) Ich habe das Vertrauen auch zu den hier anwesenden Socialisten, daß, nachdem ihre eigene Versammlung ungefähr verlaufen ist, sie, wenn sie auch manches hören, was ihnen nicht immer behagt, doch nicht die Absicht haben, diese Versammlung zu stören. Die Socialisten würden sich damit selbst schlagen. Sie würden damit, wenn sie gewissermaßen die Gewalt der Stimme benutzen wollten, die Versammlung zu sprengen, wozu nicht viel gehört, es ja rechtschaffen, wenn auch ihnen gegenüber Gewalt angewendet wird, und die Socialisten haben am wenigsten Veranlassung, heute die Gewalttheorie von ihrer Seite zu verstärken. Ich sage also, es ist unrichtig, wenn man uns vorwirkt, wir wollten keinerlei Einschreiten der Gesetzgebung in der sogenannten Arbeiterverhältnisse. Der Beweis liegt darin, daß wir für das Arbeiterschutzgesetz im Reichstage gestimmt haben, welches der Bundesrat abgelehnt hat. Der Beweis liegt darin, daß wir gleich am ersten Tage der Eröffnung der Reichstagsession einen Antrag eingebracht haben, diese Gesetzgebung, welche vom Bundesrat abgelehnt worden ist, aufs Neue wieder aufzunehmen. Der Beweis liegt darin, daß wir am ersten Tage der Reichstagsession den Antrag eingebracht haben auf Einführung solcher gewöhnlicher Schiedsgerichte, wie sie im Süden der Socialdemokratie liegen. (Bravo!) Wenn wir in Bezug auf Einführung von Zwangseinrichtungen in der Frage der Arbeiterverhältnisse nicht so weit gehen, wie andere Parteien, so liegt das daran, daß wir in der That nun einmal unglaublich sind in Bezug auf die Allmilitär- und Allnacht der Polizeibehörden, und weil wir das sind, wollen wir die Zwangsgesetzgebung nämlich in den Arbeiterverhältnissen nicht weiter ausdehnen, als wir wirklich die Überzeugung gewinnen können, daß durch den Zwang mehr zu erreichen ist, etwas zu erreichen ist, was im Wege der freiwilligen Entwicklung, im Wege der genossenschaftlichen Entwicklung durch Gewerkschaften und Genossenschaften nicht erzielt werden kann. Das socialdemokratische Flugblatt stellt weitere Ziele als wir, in Bezug auf Besteuerung, in Bezug auf den Militärdienst u. dergl. Nun, wenn es nur darauf ankäme, auf dem Papier möglichst weitgehende Forderungen zu stellen, so möchten wir darüber rechten. Aber heutzutage ist nur zu sehr dafür gefordert, daß auch mäßig innegehaltene Forderungen nicht zur Erfüllung gelangen. Wie ernsthaft wir es nehmen mit der Befreiung der minderwohlhabenden Volksklassen von der Steuerlast, wie ernsthaft wir

es nehmen mit der Frage der Minderbelastung, beweist, daß der jetzige Tag der Reaktionsparteien gegen uns ja in der Hauptfäche darin wurzelt, daß wir eben in der Steuerfrage die Schonung der Volksklassen, insbesondere der minderwohlhabenden Klassen, vertreten (Beifall), und wenn der letzte Reichstag aufgelöst ist und wir dadurch nahezu um die Hälfte der Mitglieder bei der Neuwahl bereauft worden sind, so kann das daher, daß wir die Möglichkeit aufrecht erhalten wollten, eine Verminderung der Dienstzeit nicht der Einjährigen, die aus den wohlhabenden Klassen dienen, sondern derjenigen Klassen, denen ihre Mittel nicht erlauben, einjährig zu dienen, zu erlangen. Daher die Verfolgung der freisinnigen Partei, daher die Achtung gerade in dem Dienst, den wir glaubten, auch im Interesse der minderwohlhabenden Klassen schuldig zu sein. (Bravo!) Wie die Beziehungen heute sind, brauchen wir uns wahrlich nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, was aus einem Theil der Forderungen wird, in denen auf politischen Gebieten, dem Steuer- und Militärgebiet die Socialisten weitere Ziele sich stecken, als wir. Hätten wir nur erst das erreicht, was auf diesem Gebiete unser Forderungen gemeinsam ist, so würde diese Sorge, was weiter wir, uns weniger nahelegen. Die heutigen Verhältnisse bringen es mit sich, daß wir, weit entfernt, darüber streiten zu können, wer weitergehende Forderungen aufstellt, schon zufrieden sein müssen, wenn wir dasjenige schaffen, verhindern und vertreten können, was wir erreicht haben. Woher kommt es denn, daß wir Schritt vor Schritt, mehr und mehr zurückgebracht werden in Rechten, von denen Lassalle vor 25 Jahren schon meinte, daß man sie so sicher habe, wie die Rose, die man im Gesicht trage. Woher kommt es denn, daß die Steuerlast der indirekten Steuern wächst, daß auch das natürliche Recht eines jeden Einzelnen, wie das Coaliionsrecht, die Freizügigkeit gefährdet und beschränkt wird? Das kommt einzig und allein daher, daß das Bürgerthum in den Städten und zwar vorzüglich in den großen Städten, gespalten ist durch die Entstehung der sozialdemokratischen Parteien. Draußen auf dem Lande herrscht vielfach das Junkerthum und läßt die Bauern nicht aufkommen. Wenn nun das Bürgerthum sich in zwei Lager spaltet, dann triumphieren die Gegner allerwärts. Wir sind gezwungen, in den großen Städten nach links und nach rechts Front zu machen und können darum unsere Kräfte nicht auf das platte Land hinaustragen, und darum triumphieren unsere Gegner. Darum sind in Breslau die Seiten nicht mehr wie einst, wo es als selbstverständlich galt, daß aus Reichstagswahlen, wie diese, im ersten Wahlkampf mit großer Majorität Männer, wie einst Biegler, Kirchmann, Bünz, Bürger und wie sie alle heißen, hervorgegangen sind. Heute sind wir gespalten, heute müssen wir uns nach rechts und links vertheidigen und müssen dann froh sein, wenn nicht die conservativ-reactionäre Partei über uns obliegt.

So viel über unsere Gegner zur linken Seite. Noch eins, m. H.: Wie sehr auf Seite der Cartellparteien man sich bewußt ist, wie durch diese Spaltung, durch die Bildung der sozialdemokratischen Partei die Kraft des liberalen Bürgerthums gebrochen wird, das zeigt Ihnen ein Vorkommnis der letzten Tage. Hat nicht Herr Regierungsrath Frank vor einigen Tagen von seinem Standpunkte aus die freisinnige Partei als den schlimmsten Gegner bezeichnet; und war es nicht ein interessantes Vorkommnis, daß ein Criminal-Commissionarius vor einigen Tagen in der Redaktion eines sozialdemokratischen Blattes hier in Breslau erschien, um seinen guten Rath zu geben, welcher sozialdemokratische Kandidat im Interesse der sozialdemokratischen Partei am besten aufgestellt würde? (Heiterkeit.) Uns ist niemals ein solches freundliches Wohlwollen bei Aufstellung von Kandidaten seitens der Cartellparteien erwiesen worden. (Heiterkeit.) Und doch erklärt sich dergleichen vielleicht ganz natürlich, die Herren sind bestorgt dafür, daß ein guter sozialistischer Kandidat aufgestellt wird, weil sie wünschen, daß möglichst ein Socialist in die Stichwahl kommt, weil sie fürchten, daß, wenn ein Freisinniger mit einem Conservativen in die Stichwahl kommt, dann die Niederlage des Conservativen von vornherein besiegelt erscheint, daher das Wohlwollen, daher die freundschaftlichen Beziehungen für die Ausfindigmachung des besten Wahlkandidaten.

Soviel sage ich in Bezug auf unsere Gegner links; unsere Gegner rechts — sind sie stärker als unsere Partei oder sind sie es nicht, darauf muß die Wahl Auskunft geben, bei der Reichstagswahl 1887 brachten sie es allerdings auf 7310 Stimmen gegen 6799 freisinnige Stimmen. (Burz: Angstwahlen!) Aber, meine Herren, das waren, wie mir hier zugesagt wird, die bekannten Angstwahlen, wo das laue Philisterium, das sich sonst nie um die Wahlen kümmert, aus Furcht vor einem grausamen Kriege mit den Franzosen auf die Beine gebracht wurde, aber seitdem ist so inzwischen zu besserer Erkenntnis gekommen sein, in der That beweisen dies die Ergebnisse zum Reichstage, deren wir sechs zu verzeichnen haben, bei ihnen haben 3 Conservative und 3 Nationalliberalen ihre Mandate verloren, und warum? weil die Zahl der cartellparteilichen Stimmen von etwa 104 000 im Febr. 1887 auf 66 000 in diesem und im vorherigen Jahre zurückgegangen ist. Die Zahl der Cartellwähler hat sich also um ein volles Drittel vermindert. In Breslau mußten die Cartellparteien bei den Ergebnissen sich ihre erste Verstärkung holen. Vor drei Monaten habe ich Gelegenheit gehabt, in großer Versammlung ausführlich vor Ihnen zu sprechen. Ich erwähnte damals, wie durch die Cartellparteien die Wahlperioden von drei auf fünf Jahre verlängert würden, ohne daß es die Regierung verlangte. Auf dem Präsentierer wurde der Regierung eine Verfassungsänderung entgegengestellt, die Geltung einer Verfassungsänderung entgegengestellt, gegeben, den Einfluß des Volkes auf die Gestaltung der Volksvertretung zu verringern. Ich habe damals schon erwähnt, daß die neue Brantweinsteiner den Volksconsum mit weit über 100 Millionen belastet, ohne daß weder der preußische noch der Reichshaushalt das Bedürfnis nach einer solchen Vermehrung der Steuerlast auch nur zur Hälfte herausstellt. Der preußische Haushalt hat im letzten Jahre auch ohne jede Zuwendung aus dem Reiche mit großen Überschüssen abgeschnitten. Den Cartellparteien danken wir es, daß die Kornmölle im Verh

Berlino, als die Frage auftauchte, ob die Kriegsentschädigung vielleicht durch Abtretung französischer Kolonien an Deutschland geleistet werden solle, den Auspruch gehabt: Wenn Deutschland Colonialpolitik treibe, so komme ihm das so vor, als wenn der polnische Adel seine Kleider trage, nur um das zerrissene Hemde darunter zu verbergen, ehe wir Christenthum und Gesittung nach Afrika tragen, haben wir noch unendlich viel für Christenthum und Gesittung daheim zu thun. Ist denn wirklich — abgesehen von einigen Großstädten — unser Volkschulwesen so musterhaft, hat denn wirklich die Gelehrsamkeit in der Gestaltung der kommunalen Verhältnisse, in allen Gegenden ihre Schuldigkeit schon gethan?? Nun, meine Herren, wie unendlich viel könnte es den ärmeren Leuten erleichtert werden, nicht in Afrika, sondern in Deutschland selbst, zu einem bescheidenen Besitzthum zu gelangen, wenn nicht jene hünftliche Befestigung des Großgrundbesitzes durch Fideicommissa und Majorate — namentlich hier in Schlesien — das Aufkommen eines gesunden und kräftigen Bauernstandes hier beeinträchtige? (Lebhafte Beifall.) Eine kleine Probe von der Colonialpolitik haben wir schon. Wir haben es erreicht, daß auf einem Gebiete, das größer als Deutschland selbst ist, die deutsche Flagge gehisst ist. Die Einwohner selbst wissen freilich noch wenig davon, daß sie deutsch geworden sind. (Heiterkeit.) Deutsche wohnen in diesen großen Länderstreichen noch nicht so viel, als wir in den vier Jahren unserer Colonialpolitik durch das tropische Klima verloren haben. (Sehr richtig!) Man redet von Pflege des Handels und Erweiterung des Absatzes, aber, meine Herren, ein einziger Eisenbahnzug führt mehr Güter, als dasjenige, was sämtliche deutschen Schuhgebiete von Deutschland beziehen. Und der Handelsgewinn beträgt noch nicht den zehnten Theil dessen, was die Marine in den vier Jahren der Colonialpolitik von uns verlangt hat. Und die Zukunftsaussichten? Arbeiter finden dort keine Stätte, denn die Europäer können in dem tropischen Klima keine körperliche Arbeit verrichten. Man redet weiter von dem Gewinn für den Großhandel. Nun, mag der Großhandel das doch auch selbst bezahlen, was die Einlage kostet. (Sehr richtig!) Für ausländische Anleihen haben die Herren genügend Mittel übrig, aber in deutsche Colonialgesellschaften hüten sie sich, ihr Geld zu stecken, über das Bischen hinaus, was sie bisher dem Reichskanzler zu Liebe gezahlt haben. Nun ist ihre Opferwilligkeit zu Ende. Da soll nun, weil die Interessen nichts mehr hergeben wollen, die Gesamtheit der Steuerträger eintreten, da soll das große Reichsschiff angezapft werden. (Heiterkeit), um die Gesellschaften flott zu machen. Ganz plötzlich ist die coloniale Herrlichkeit in Ostafrika und in Südwestafrika untergegangen. Nun, meine Herren, diesen Ausgang der Colonialpolitik habe ich, der ich mich doch keinen Illusionen hingegeben habe, als so plötzlich nicht erwartet. Nun war auf einmal eine neue Firma aufgezogen: die Colonialpolitik erweiterte sich, jetzt gilt es Aufhebung der Sklaverei in Afrika. Welch schönes edles Ziel ist das! Ja, meine Herren, wenn man alles, was der Sklaverei nur ähnlich sieht, alles, was nicht menschenwürdig ist, auch nur in Deutschland aufhebt und beseitigt (Lebhafte Bravo), welch großes fruchtbare Gebiet der Thätigkeit! Aber Exportgeschäfte treiben und diese Bestrebungen damit verbinden, daß wird kaum angehen. England hat sich seit Anfang dieses Jahrhunderts bemüht, die Sklaverei in Afrika einzudämmen, dadurch, daß es Slavenschiffe, die die Ausfuhr von Slaven in andere Welttheile vermittelten, kaperte. So möge es auch der deutschen Seepolizei, der Kriegsmarine, obliegen, die Slavenausfuhr zur See zu verhindern. Aber wenn man in Afrika Colonialgeschäfte treiben, Christenthum verbreiten, Handelsgeschäfte ermöglichen und Sklaverei aufheben will, so verhindert ein Zweck den anderen. Wenn man den Afrikanern, wie es hier befürchtigt wird, mit bewaffneter Hand eine andere Religion aufzwingen will, so fanatisiert man den Islam. Und wenn Deutschland in Afrika Plantagen errichten und daneben die Sklaverei abschaffen will, so geht das nicht, weil in jenem Klima von den Afrikanern körperliche Arbeit ohne Zwang überhaupt nicht zu erlangen ist. (Sehr richtig!) Wir stehen vor großen colonialpolitischen Fragen im Reichstag. Unsere ganze Sorge ist die, daß wir nicht durch die gegenwärtige Reichstagsmajorität in jene verhängnisvolle Bahnen gedrängt werden, welche die Italiener nach Massauah, die Franzosen nach Tonkin und die Engländer nach dem Sudan geführt haben, wahrlich nicht zum Ruhm und zur Ehre ihrer Staaten. (Lebhafte Beifall.) Meine Herren! Wir haben in Europa Sorgen genug, als daß wir uns um die fernen Welttheile so eingehend bemühten könnten. Wenn wir das wirklich vergessen sollten, so erinnert uns jeder neue Militäretat aufs Neue daran. Wir haben seit 1872 (also in Friedenszeiten) in Deutschland für Militär- und Marinewesen bis nach dem neuesten Etat, also einschließlich des nächsten Jahres, 9446 Millionen Mark ausgegeben, so viel kostete uns in achtzehn Jahren die Aufrechterhaltung unserer Stellung in Europa, und jetzt stehen wir vor einer neuen Forderung von 150 Millionen für die Marine. Zum neuen Jahre erfreuen wir auch noch, daß uns ganz beträchtliche Mehrforderungen in einem Nachtragsetat für die Artillerie bevorstehen. Wir haben einmal eine französische Kriegskostenentschädigung von fünf Milliarden erhalten, lang, lang ist's eigentlich noch nicht her (Heiterkeit); aber die Milliarden sind verbraucht und sind längst nur noch in der Erinnerung. Außerdem sind seit 1878, also in 10 Jahren, die indirekten Steuern um 296 Millionen Mark erhöht, mehr als verdoppelt worden. Diese Verdoppelung der indirekten Steuern im Reiche hat nicht gehindert, daß wir seit 1877, wo wir ganz schuldenfrei waren, 1250 Millionen Mark Reichsschulden aufgenommen haben, die wir heute verzinsen müssen. Milliarden verbraucht, die Steuern verdoppelt, Milliarden Schulden gemacht, das ist das Ergebnis des Haushalts des Deutschen Reiches seit dem letzten Friedensschluß, seit 1872. Ich will nicht erörtern, ob das in diesem Umfange auch wirklich nötig war, aber meine Herren, wenn die nächstliegenden Aufgaben dem Reiche schon solche Opfer auferlegen, dann haben wir wahrlich alle Ursache, vorsichtig zu sein, ehe wir uns auf afrikanische Colonialpolitik einlassen. (Lebhafte Zustimmung.) Es hat eine Zeit gegeben, wo der Fürst Bismarck sagte: Die ganze bulgarische Frage ist auch nicht die sechste eines pommerischen Grenadiers werth. (Sehr richtig.) Heute hört man dergleichen nicht mehr, und doch meine Herren, wenn ich bedenke, welche Verluste an Todten und Verwundeten unsere Marine erlitten hat, die sie glücklicher Weise nie zuvor bestritten haben, so müßt uns das eine Warnung sein, nicht ohne reißliche Überlegung die Grenzen der Aufgaben des Reiches weiter zu stellen, als es wirklich notwendig ist. (Bravo.) Meine Herren, das ist die Aufgabe einer unabkömmligen Volksvertretung, daß sie darüber wacht, daß Opfer an Gut und Blut von unserem Volke nicht mehr gefordert werden, als die Staatsaufgaben es erfordern. Der Werth einer solchen Volksvertretung ist nicht bloss nach der Höhe der Abstriche zu ermessen, die hier und da gemacht werden, sondern der Werth kennzeichnet sich daran mehr, daß von vornherein die Regierung ihren Forderungen Grenzen und Schranken setzt, weil sie weiß, über ein gewisses Maß hinaus erhält sie keine Bewilligung. Sollte es bloss Zufall sein, daß seit der letzten Reichstagswahl die Forderungen der Regierung auf dem Gebiete des Militärs, der Marine und auf vielen anderen Gebieten sich so entschieden steigern? Fakt scheint es, als ob die Kartellmajorität, die heute den Reichstag beherrscht, die Regierung zu diesen Forderungen ermuthigt, weil man weiß, daß eine solche Majorität nur zu bereit ist, die Verantwortlichkeit für jede Regierung der Ausgaben, die die Regierung vornimmt, auf sich zu nehmen. Das sage ich ganz offen: Wenn ich wähle, eine solche Kartellmajorität bleibe im Reichstage für alle Zukunft, so wollte ich lieber das rein absolutistische Regiment. Denn ich wäre sicher, daß, wenn die Verantwortlichkeit allein auf das Königthum beschränkt ist, die Regierung nicht so leicht zur Auflösung neuer Lasten schreiten würde als bei dem Regime, bei welchem die Verantwortlichkeit auf der Volksvertretung lastet. Diese Verantwortlichkeit zu tragen ist gerade die Kartellminorität am wenigsten im Stande. (Raufender Beifall.) Wahrlich, meine Herren, die Zeichen der Zeit, die Ereignisse der letzten Wochen sind wenig geeignet Vertrauen in uns zu erwecken oder zu stärken. Die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Herrn von Puttkamer wird zwar von Seiten der nationalliberalen Presse hingestellt als ein Ereignis, dem fast jede politische Bedeutung mangelt. Ja, wenn man dieser Presse glauben wollte, so müßt man fast annehmen, als sei die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Herrn von Puttkamer gleichbedeutend mit der Unfähigkeitserklärung für den Wiedereintritt in den Staatsdienst. Rein, meine Herren, diese Verleihung bedeutet, daß das maßgebende Regierungssystem solche Verwaltungsgrundlage, wie sie Herr von Puttkamer behauptet hat, nicht für unvermeidbar mit sich erachtet. Diese Thatsache müßt wohl geeignet sein, auch die Nationalliberalen stützig zu machen. Sie haben freilich nichts dazu beigetragen, Herrn von Puttkamer zu stützen. (Raufender Beifall) aber gefreut haben Sie sich damals doch. (Stürmische Heiterkeit.) Sie haben eben so wie wir diesen Sturz für ein Glück für das preußische Staatswesen gehalten.

M. H.! Als ich zuletzt vor Ihnen zu sprechen die Ehre hatte, standen wir unter dem frischen Eindruck der Veröffentlichung des Tagebuches Kaiser Friedrichs. Es war vor uns ein Bild entrollt, eines freisinnigen, edlen, konstitutionellen, national gesinnten deutschen Fürsten. Und in der That, dieses Bild ist seitdem nicht verblaßt, ja, wenn es möglich wäre, so müßten wir heut noch mehr, noch tiefer als damals vor 3 Monaten es empfinden, was das deutsche Volk, was Deutschland an diesem Fürsten verloren hat. (Lebhafte, wiederholter Beifall.) Wie tief das Andenken an Kaiser Friedrich in dem Herzen des Volkes begründet ist, das hat in ebenso einfacher wie zu Herzen sprechender Weise auch die Thatsache befundet, daß, wie niemals zu einer Zeit vor ihm, die Andenken, die ihn erinnern, an dem verlorenen Weihnachtsfest als Liebesgabe auf den Weihnachtsstisch gelegt worden sind. (Sehr richtig.) M. H.! Alles das, was gegen die Veröffentlichung des Tagebuches versucht worden ist, hat das Andenken an den verbliebenen Fürsten nicht zu trüben vermocht. Nein! Aber Fürst Bismarck hat mit dieser Veröffentlichung nach dem jetzigen Ausgang des Prozesses eine so schlimme politische Niederlage erlitten (bonnernder nicht endenwollender Beifall), wie es ihm nie zuvor in seiner ministeriellen Laufbahn begegnet ist. Aller seiner Verehrsamkeit in dem bekannten Immediatbericht entgegen hat das Reichsgericht ohne Weiteres angenommen, wie es das Volk längst vor dem entschieden hatte, daß das Tagebuch echt ist, echt, wie jemals ein Hohenzoller aus der Volksfeile herausgesprochen hat (Lebhafte Beifall). Entgegen jenem Immediatbericht, der nicht Strafgelehrungsparagraphen genug aufzählen konnte, die ohne Zweifel auf die Veröffentlichung anwendbar seien, hat das Reichsgericht von der Schwelle weg, ohne es auch nur zur Größerung des Hauptverfahrens gelangen zu lassen, entschieden, daß diese Veröffentlichung feinerlei strafbare Handlung enthält. Das Reichsgericht hat entgegen jenem Immediatbericht entschieden, daß diese Veröffentlichung nicht erfolgt ist zum Zwecke des Umsturzes und zur Errungung inneren Unfriedens, es hat festgestellt, daß die Veröffentlichung ausgegangen ist von einem Manne conservativer Richtung, fernstehend dem politischen Leben der Gegenwart. Alle jene Voraussetzungen des Herrn Reichskanzlers haben sich nicht erfüllt, und je mehr diese Anklage aufgestellt wurde als eine Haupt- und Staats-Aktion, um so schwerer ist der Rückschlag, daß alle jene Voraussetzungen, auf die sich diese Anklage aufgebaut, nicht in Erfüllung gegangen sind. Das neue Jahr hat für den Herrn Reichskanzler nicht gut begonnen (Heiterkeit), auch für seinen Herrn Sohn nicht (gefeierte Heiterkeit), und das thut mir um so mehr leid, als man annimmt, daß derselbe berufen sei, dereinst der Nachfolger seines Vaters zu werden.

Bei der Angelegenheit Morier, es würde mich zu weit führen, sie vor Ihnen zu entwickeln, hat der Herr Staatssekretär des Auswärtigen, milde gefragt, Lorbeeren nicht gepflückt, ja der beschämte Unterthanenverstand vermag eigentlich nicht zu begreifen, warum diese ganze Angelegenheit eingeleitet worden ist gegen den Botschafter eines Landes, einer fremden Macht, mit der wir, wie der Herr Staatssekretär uns selbst neulich im Reichstage auseinandergeföhrt hat, gegenwärtig in der Vertretung gemeinschaftlicher Interessen in Ostafrika gewissermaßen verheirathet sind. (Heiterkeit.) M. H.! So benehmen sich doch verheirathete Leute nicht untereinander (Große Heiterkeit), namentlich wenn es noch in der ersten Zeit einer so jungen Ehe ist (Wiederholte große Heiterkeit), wie es hier der Fall ist.

Es will mich fast bedenken, als ob manche Vorkommnisse der letzten Wochen uns aufforderten, auch bei den auswärtigen Angelegenheiten nicht mehr dasselbe Maß von Vertrauen begreifen zu können, als wir es bisher zum Unterschiede von unserer inneren Politik gezeigt haben. Die Cartellparteien freilich füchten das Alles nicht an, sie erschöpfen sich und steigern sich in ihrem Vertrauen, sie sind glücklich und freuen und rühmen sich der Anerkennung, welche ihnen namentlich hier in Breslau über die guten Wahlen, wie sie genannt wurden, von Seiten Sr. Majestät des Königs gezeigt worden ist. Meine Herren! Ich weiß nicht, ob Sr. Majestät alle die begleitenden Umstände dieser Wahlen bekannt geworden sind. Indes, sei dem wie ihm sei; wir wählen nicht zum Missfallen des Königs, wir wählen auch nicht zum Gefallen desselben (wiederholter donnernder Beifall), wir wählen selbstständig, wie wir es für richtig halten. Denn die Verfassung hat eine selbstständige Volksvertretung gewollt, ebenso wie selbstständige Gerichte, ausgehend von der Anschauung, daß im 19. Jahrhundert nicht alles im Staatswesen von dem Willen und Wissen eines einzelnen Monarchen abhängig gemacht werden soll. (Beifall.) Und darum meine Herren, haben wir so zu wählen, wie es nach unsern besten Wissen und Gewissen und unserer innersten Überzeugung das Interesse des Staates erfordert, desselben Staates, dessen erster Diener zu sein, auch König Wilhelm II. erklärt hat.

Freilich, ich weiß, auf Seiten der Cartellparteien mögen ja andere Ansichten obwalten. Es hat sich ja unter denselben eine Gruppe ganz besonders den Namen „Königstreuer“ beigelegt. Was die Herren sich darunter denken, ist mir noch nicht ganz klar geworden; denn wenn sie die Meinung sind, daß man immer dasjenige thun müsse, was der König wünscht und will, auch in Ausübung eigener politischer Rechte, nun, dann erheischt es die Consequenz, frei und frank den eigenen befrankten Unterthanenverstand zu befennen und darauf hinzuwirken, daß dem Volke jegliche Verfassungsrechte wieder genommen werden, denn dann ist von diesem Standpunkte aus wählen und Volksvertretung mindestens überflüssig, vielleicht sogar schädlich. (Beifall.)

M. H.! Freilich nicht einmal die Conservativen denken all' so wie die „Königstreuer“ in Breslau. Der „Reichsbote“ in Berlin z. B. nennt es tactlos und falsch, wenn ein Verein sich als „frommer“ Verein bezeichnen wollte, daß die Frömmigkeit als äußerliche Sache aufgefaßt wird. Wer wahrhaft fromm ist, und wenn Frömmigkeit als hohe Tugend erscheint, der spricht nicht viel davon und Diejenigen, welche ihre Frömmigkeit rühmend im Mund führen, nennt man Mucker. (Lebhafte Beifall.) Grade die Partei des „Reichsboten“ bezeichnet diese Königstreue als verwerflich. Mit der Bezeichnung „Königstreue“ kommt sehr leicht ein sehr schlimmer Missbrauch getrieben werden. Man sollte die Königstreue nicht zur Parteiſache machen. In der Regel werde man auch darunter die Zustimmung zu der Politik der Regierung verstehen. Man denkt, wie wechselseitig dieselbe sei, welche Wandlungen sie gerade in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht in den letzten 15 Jahren gemacht habe.

M. H.! Ich habe diesen conservativen und für die hiesigen „Königstreuer“ wahrhaft vernichtenden Ausprüchen nichts hinzuzufügen.

Redner geht nunmehr zu einer Auseinandersetzung mit den Cartellparteien unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen Breslauer Wahlbewegung über und schließt mit folgenden Worten:

M. H.! Es ist mir nicht leicht geworden, beim Wiederbeginn der Reichstagsession heut vor Ihnen zu erscheinen, ich fehre in dieser Nacht wieder nach Berlin zurück; aber die ganze Partei im Lande blickt auf die Haltung der freiheitlichen Partei grade bei dieser Wahl in Breslau. Wir haben es in der Gesamtheit der freiheitlichen Partei hoch anerkannt, daß unser verehrter Freund Friedländer durch alle Kränkungen und bitteren Empfindungen, die grade er bei den Landtagswahlen erleiden mußte, sich nicht hat zurückhalten lassen, daß er seine persönlichen Empfindungen zurückgestellt hat unter seine bürgerliche, politische Parteipflicht, auch bei diesen Reichstagswahlen wieder als Kandidat aufzutreten.

M. H.! An Kenntniß der Verhältnisse in Breslau und Schlesien, an Verständnis unserer Rechtsverhältnisse, an politischem Eifer, an regem Sinn und Opferwilligkeit für alles Hohe und Edle wird Herr Friedländer von keinem Kandidaten der Partien übertrffen. (Lebhafte Bravo.) Darum, m. H., sezen wir auch ihm zu Ehren alle Kraft an die Wahl unseres verehrten Parteigenossen.

Lassen Sie uns in diesen Wahlkämpfen gehen unter der Lösung eines Wortes, das Kaiser Friedrich einst in sein Tagebuch schrieb:

„Furchtlos und beharrlich vorwärts.“

Raufender, nicht endenwollender Beifall und Hüpftschwanken, langandauernde Hochrufe auf Richter und Friedländer, in die sich am Eingange des Saales auch einige Hochs auf Kühn mischten, folgten dem fast siebenvierstündigen Vortrage.

lich auch die Frage der Capitalerhöhung zur Sprache gekommen sei, wird von zuständiger Seite mitgetheilt, dass eine Sitzung der Direction oder des Aufsichtsrathes überhaupt nicht stattgefunden. Die Motive über die heutige erhebliche Erhöhung des Courses der Darmstädter Bankactien werden in grosser Anzahl von der Börse cominiert. Man wollte heute wissen, dass die Darmstädter Bank ein Patent auf dem Gebiete der elektrischen Beleuchtung erworben habe. — Wie aus guter Quelle gemeldet wird, soll im Laufe dieses Jahres eine deutsche Anschlusslinie von Trois Vierges nach Stolberg bzw. Aachen, welche eine directe Verbindung für Kohlentransporte aus dem Ruhrbecken nach dem industriereichen Bezirke von Longroy bei Esch bildet, dem Betrieb übergeben werden. — Aus Danzig berichtet man, dass bei der Marienburg-Mlawkaer Bahn gestern von Mlawka 52, nach Mlawka 21 Wagen überführt wurden, für den Zeitraum vom 1. bis 9. Januar bezeichnet sich die Wagengestellung auf 825. Für den heutigen Tag wird eine Gestellung von 82 Wagen gemeldet. — Die Fastowo- und Charkow-Nicolajew-Bahn sind verschneit, in Folge dessen lassen die Zufuhr nach. — Die „Börsen-Zeitung“ schreibt: Die jüngst erwähnten Gerüchte von einer beabsichtigten Fusion der Donnersmarckhütte mit einem anderen oberschlesischen Montanwerke scheinen doch nicht so gänzlich unbegründet zu sein, wie seitens der hiesigen Mitglieder des Aufsichtsraths angenommen wurde. Allerdings sind bestimmte Offerten betreffs des Ankaufs des gesamten Besitzthums der Donnersmarckhütte durch jene andere Gesellschaft bisher weder bei der Direction noch beim Aufsichtsrath des erstgenannten Unternehmens eingegangen. Verschiedene Anzeichen deuten aber darauf, dass man von potenter Stelle her sich bemüht, Actionen der Donnersmarckhütte aufzukaufen, um auf Grund des Actionbesitzes die Einberufung einer Versammlung beabsichtigt zu bringen. Auf diese Bestrebungen sind offenbar die erheblichen Kaufordnungen zurückzuführen, welche für Actionen der Donnersmarckhütte seit einiger Zeit namentlich aus Breslau hier eingehen. Auch wird man nicht irren, wenn man eine uns und verschiedenen anderen hiesigen Zeitungen von ebendaher eingesandte längere, die Verhältnisse der Donnersmarckhütte in ziemlich düsteren Farben schildernde Darlegung mit diesen Bemühungen in ursächlichen Zusammenhang bringt.

Berlin, 10. Januar. Fondsbörse. Die Börse hat auch heute ausserordentlich feste Tendenz an den Tag gelegt. Die Umsätze erlangten auf einzelnen Gebieten sehr bedeutende Ausdehnung. Die Speculation befindet sich dabei momentan in der höchst eigenthümlichen Lage, dass ihr eine Unterstützung, auf welche sie früher vergleichbar warten musste, in einem Maasse zu Theil wird, welches alle Erwartungen übertrifft. Das Privatpublikum ist aus seiner Ruhe aufgerüttelt und hat Vertrauen zu der Bewegung gefasst, welche vergangenen Sommer eingesetzt und bis heute von geringen, durch Prolongationschwierigkeiten verursachten, Unterbrechungen abgesehen, angedauert hat. Die Kaufordnungen aus diesen Kreisen steigern sich von Tag zu Tag. Auf den Bankmarkte versuchte man beim Beginne des heutigen Geschäftes auf Credit und Disconto Commandit zu drücken, doch war die Haussessierung so intensiv, dass eine Abschwächung jener Werthe unterblieb und schlusslich eine einheitliche Haussessierung zur Geltung kam. Das Hauptgeschäft fand in Darmstädter Bankactien, Berliner Handelsgesellschaft Anteilen, Nationalbank für Deutschland, Dresdener Bank statt; aber auch in Actionen der deutschen Bank und der internationalen Bank fanden bedeutende Umsätze zu steigenden Courses statt. Credit ultimo 168,60—168,90, Nachbörse 168,62; Commandit ultimo 231,75—31,60—32,40—32,25, Nachbörse 232. Der Rentenmarkt trug zwar nicht ein so lebhaftes Gepräge, wie der Bankenmarkt; doch herrschte auch hier eine durchaus feste Tendenz. Besonders fest lagen heute 1880er und alte Russen, was auf umfangreiche Pariser Ordres zurückzuführen sein soll; auch 1884er Russen weisen eine erhebliche Courssteigerung auf. Russische Noten gingen bei bedeutenden Umsätzen auf 113 $\frac{1}{4}$. Für Ungarn machte sich viel Realisationslust geltend, so dass der Cours zum Schluss etwas nachgeben mussste. Russische Noten 212,75—213, Nachbörse 213, 1880er Russen 87,30, Nachbörse 87,30, 1884er Russen 101,40, Nachbörse 101,25, Ungarn Ultimo 85,80 bis 85,70, Nachbörse 85,60. — Einheimische Werthe fest, 4proc. Consols und Reichsanleihe avancieren je 0,10 p.C. — Der Bahnenmarkt zeigte relativ die wenigste Lebhaftigkeit. Von einheimischen Wertheen wurden Lübeck-Büchener, Mainzer und Ostspreußen viel gekauft; von ausländischen fanden Elbenthalbahnen-Actien begehrte. Prämien-Verkehr recht belebt. Die Stimmung auf dem Gebiete der Industriepapiere war auch heute wiederum fest. Von Bergwerkspapieren waren die speculativen Montanwerthe Dortmund Union, Laurahütte und Bochumer Gussstahl bei lebhaften Verkehr anfangs fest, mussten aber späterhin etwas nachgeben. Dortmund Ultimo 98,75, Nachbörse 99,25; Laurahütte 141,50—141,75 bis 141,10, Nachbörse 140,75; Bochumer 189,50 bis 190 bis 189,25, Nachbörse 189. — Von dem per Kasse umgehenden Bergwerken waren namentlich Kohlenwerke stark gefragt. Eschweiler zu 2 p.C. höher gesucht. Sonst belebt und besser: Karoline, Donnersmarckhütte, Lauchhammer, Pluto (+ 3); von Maschinenfabriken: Schwartzkopff (+ 4), Gruson (+ 5), Chemnitzer Werkzeug (+ 2,75). Ausserdem besser: Keyling, Ungarische Waffenfabrik (+ 3), Germania Vorzugs-Actien, Schering, Oranienburger Chemische Fabrik-St.-Pr., Stettin-Bredower, Oppeln Cementfabrik, Erdmannsdorf, Spinnerei, Berlin-Gubener Hutfabrik, Neuröder Kunstanstalten, Berliner Lagerhof, Lichterfelder Bau-Verein (+ 4), Charlottenburger Wasserwerke (+ 5), Allgemeine Elektricitätswerke. Die Actionen der Porzellanfabrik Königszelt nahmen heute die steigende Bewegung wieder auf. Brauereiactien fest und belebt, besonders: Breslauer Brauerei-Actien und St.-Prior. (+ 6), Höfel-Brauerei (+ 1/2), Berliner Unions- und Weissbierbrauerei Gericke.

Berlin, 10. Januar. Productenbörse. Wir hatten heute ausserordentlich stillen Markt, dessen Tendenz, soweit von einer solchen überhaupt gesprochen werden konnte, vorherrschend matt genannt werden musste, obwohl der stärkere Frost eher das Gegenteil hatte erwarten lassen. — Loco Weizen preishaltend. Auf Termine kamen nur vereinzelte Transactionen vor. Course stellen sich in Folge der niedrigeren amerikanischen Notirungen etwas niedriger. — Loco Roggen, mehr beachtet, ging zu beaufholteten Preisen entsprechend um. Termine setzten unter Einwirkung der wider Erwarten strenger Käufe fest ein, ermittelten aber im weiteren Verlaufe trotz guter Kauflust der Platzmühlen, weil billige Prämienabgaben der Couilles dreifaches Material an den Markt brachten, wodurch die Preise 1/4—1/2 M. niedriger als gestern geschlossen. — Loco Hafer ebenso wie Termine behauptet. — Roggenmehl schwach preishaltend. — Mais und Kartoffelfabrikate still. — Rüböl in guter Frage, wurde neuerdings 30 Pf. besser bezahlt. — Petroleum geschäftlos. — In Spiritus wurden anfänglich Deckungen und Speculationskäufe fortgesetzt und dadurch die Preise weiter um 20 Pf. gesenkt. Als dann aber stellte sich überwiegendes Angebot heraus, welches soweit drückend wirkte, dass mehr als die vorherige Besserung verloren ging. Schluss niedriger als gestern und ausgesprochen matt.

Posen, 10. Januar. Spiritus loco ohne Fass (50er) 50,80 M., do. (70er) 31,50 M., Januar (50er) 50,80 M., do. (70er) 31,40 M. — Tendenz: Behauptet. — Wetter: Schön.

Hamburg, 10. Januar, 11 Uhr Vormittag. Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average Santos per Januar 78 $\frac{1}{2}$, per März 79 $\frac{1}{2}$, per Mai 80, per September 81 $\frac{1}{4$

London, 10. Jan., 12 Uhr 2 Min. **Zuckerbörse**. Fest. Bas. 88% prompt 13, 9 + 1/2, per Februar 13, 10% + 1/2, per März 14 + 1/2, per April 14, 11/2 + 1/2.

London, 10. Jan., 3 Uhr. **Zuckerbörse**. Raffinierte unverändert.

Newyork, 9. Januar. **Zuckerbörse**. Unverändert.

Glasgow, 10. Januar. **Rohesien!** 9. Januar. [Schlussbericht.] Mixed numbers warrants. 141 Sh. 6 1/2 D. 41 Sh. 8 D.

Börsen- und Handels-Depeschen.

Berlin, 10. Jan. [Amtliche Schluss-Course.] Fest. Eisenbahn-Stamm-Actionen.

Cours vom 9. 10. Cours vom 9. 10. Inländische Fonds.

Galiz. Carl-Ludw.-B. 87 80 87 90 D. Reichs-Anl. 40% 108 90 109 —

Gotthard-Bahn ... 138 20 138 — do. do. 34% 103 50 103 50

Lübeck-Büchen ... 174 — 174 50 Posener Pfandbr. 40% 102 10 102 20

Mainz-Ludwigshaf. 113 40 113 50 Mittelmeerbahn ult. 120 80 121 20 Preuss. 40% cons. Anl. 108 10 108 20

Warschau-Wien ... 195 10 195 80 do. Pr.-Anl. de 55 168 50 167 70

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten. do. Rentenbriefe. 105 — 105 20

Breslau-Warschau. 60 40 60 — Ostspreuß. Südbahn. 119 20 118 60 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Oberschl. 31% Lit. E. 101 50 101 20 do. 41% 1879 103 80 103 80

R.-O.-U.-Bahn 40% II. — 104 20 Ausländische Fonds.

Egypter 40% 84 30 84 40 Italienische Rente. 96 70 96 60

Mexikaner ... 92 90 92 90

Oest. 40% Goldrente 94 — 94 10

do. 41% Papier. — 69 40

do. 41% Silber. 70 10 70 —

do. 1860er Loope. 120 50 120 40

Poln. 50% Pfandbr. 62 40 62 40

do. Liqu.-Pfandbr. 55 70 55 90

Rum. 5% Staats-Obl. 95 — 95 10

do. 6% do. do. 106 70 106 90

Russ. 1880er Anleihe 87 20 87 50

do. 1884er do. 101 20 101 50

do. 41% B.-Cr.-Pfbr. 92 20 92 70

do. 1883er Goldbr. 113 70 113 80

do. Orient-Anl. II. 64 40 64 50

Serb. amort. Rente. 82 70 82 70

Türkische Anleihe. 15 — 15 10

do. Loose. 40 — 40 —

do. Tabaks-Aktionen 95 70 96 —

Ung. 40% Goldrente 85 90 85 80

do. Papierrenten. 79 — 78 70

Banknoten.

Oest. Bankn. 100 Fl. 168 65 168 55 Russ. Bankn. 100 SR. 212 50 213 20

Wechsel.

Amsterdam 8 T. — — 168 80

London 1 Lstrl. 8 T. — — 20 38 1/2

do. I. 3 M. — — 20 25

Paris 100 Frs. 8 T. — — 80 55

Wien 100 Fl. 8 T. 168 50 168 40

do. 100 Fl. 2 M. 167 30 167 25

Warschau 100 SRs 8 T. 212 40 212 90

Pivat-Discont 3 1/8%.

Berlin, 10. Januar, 3 Uhr 10 Min. [Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Abgeschwächt.

Cours vom 9. 10. Cours vom 9. 10.

Oesterr. Credit. ult. 168 62 168 50 Mainz-Ludwigsh. ult. 113 62 113 50

Disc.-Command. ult. 231 62 231 75 Drtm. Union-St. Pr. 98 50 98 75

Berl. Handelsges. ult. 178 75 180 — Laurahütte ... ult. 141 50 140 75

Franzosen ... ult. 110 87 110 50 Egypier ... ult. 84 37 84 37

Lombarden ... ult. 43 87 43 62 Italiener ... ult. 96 37 96 25

Galizier ... ult. 87 87 87 87 Ungar. Goldrente ... 85 75 85 62

Lübeck-Büchen ... ult. 172 87 174 75 Russ. 1880er Anl. ult. 87 12 87 37

Marienb.-Mlawka ... ult. 90 37 90 50 Russ. 1884er Anl. ult. 100 87 101 37

Ostpr.-Süd.-Act. ult. 119 25 119 87 Russ. II. Orient.-A. ult. 64 12 64 50

Mecklenburger ... ult. 152 50 153 25 Russ. Banknoten. ult. 212 25 213 25

Berlin, 10. Januar. [Schlussbericht.]

Cours vom 9. 10. Cours vom 9. 10.

Weizen. Mutter. Rüböl. Besser.

April-Mai ... 201 — 200 50 Januar ... — 61 10

Mai-Juni ... 202 — 201 50 April-Mai ... 59 20 59 50

Rogen. Mutter. April-Mai ... 155 25 155 —

Mai-Juni ... 156 — 155 50 Spiritus. Verflauend.

Juni-Juli ... 156 75 156 50 do. 70er ... 33 40 33 50

Hafer. do. 50er ... 52 60 52 60

April-Mai ... 138 25 138 50 do. April-Mai ... 53 60 53 40

Mai-Juni ... 138 75 139 — do. Mai-Juni ... 54 — 53 90

Stettin, 10. Januar. — Uhr Min. Cours vom 9. 10. Cours vom 9. 10.

Weizen. Unverändert. Rüböl. Höher.

April-Mai ... 195 — 194 50 April-Mai ... 58 50 59 —

Julii-Juli ... 197 — 197 — Septbr.-Octbr. ... 60 —

Rogen. Still. Spiritus.

April-Mai ... 153 — 152 50 loco mit 50 Mark

Juni-Juli ... 154 50 154 — Consumsteuerbelast. 52 — 52 30

Petroleum. Januar ... 12 30 fehlt loco mit 70 Mark. 32 50 32 70

Wien, 10. Januar. [Schluss-Course.] Fest. Cours vom 9. 10. Cours vom 9. 10.

Credit-Action. 310 40 311 10 Marknoten ... 59 30 59 30

St. Eis.-A.-Cert. 260 80 262 10 40% ung. Goldrente. 101 82 101 75

Lomb. Eisenb. 103 10 102 50 Silberrente ... 82 90 82 90

Galizier ... 207 50 207 50 London ... 121 — 121 05

Napoleonsd'or ... 9 56 1/2 9 56 1/2 Ungar. Papierrente ... 93 50 93 60

Paris, 10. Januar. 3% Rente 82, 95. Neueste Anleihe 1872

104, 82. Italiener 95, 60. Staatsbahn 547, 50. Lombarden —, —. Egypter 424, 68. Fest.

Paris, 10. Januar. Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Träger.

Cours vom 9. 10. Cours vom 9. 10.

3 proc. Rente. 82 95 82 85 Türkische Cons. 15 25 15 30

Neue Anl. v. 1886. — Türkische Loose. —

5 proc. Anl. v. 1872. 104 80 104 70 Goldrente, österr. 94 — 93 90

Itali. 5 proc. Rente. 95 72 95 50 do. ungar. 4 pCt. 85 31 85 31

Oesterr. St.-E.-A. ... 547 50 547 50 1877er Russen. —

Lombard. Eisenb.-A. 230 — 228 75 Egypter ... 424 37 424 37

London, 10. Januar. Consols 99, —. 1873er Russen 100, 87.

Egypter 83, 09. Nasskalt. —

London, 10. Januar. Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platz-

discount 27/8 pCt. Bankeinzahlung — Pfds. Sterl. Stetig.

Cours vom 9. 10. Cours vom 9. 10.

Consolsp. 23/4% Febr. 99 1/4 99 1/8 Silberrente ... 69 — 69 —

Preussische Consols 106 — 106 — Ungar. Goldr. 4 proc. 84 1/2 84 1/4

Ital. 5 proc. Rente. 94 3/4 94 5/8 Oesterr. Goldrente. —

Lombard. ... 91/8 9 01 Berlin. — 20 57

5 proc. Russen de 1871. — Hamburg 3 Monat. — 20 57

5 proc. Russen de 1873 100 3/8 100 7/8 Frankfurt a. M. — 20 57

Silber. — Wien. — 12 27 1/2

Türk. Anl., convert. 15 1/8 15 1/8 Paris. — 25 57 1/2

Unificirte Egypter. 83 1/2 83 5/8 Petersburg. — 24 09

Frankfurt a. M., 10. Januar. Mittag. Credit-Action 261, 37.

Staatsbahn 221, 25. Lombarden —, — Galizier —, — Ungarische Goldrente 85, 70. Egypter 84, 40. Laura. —, — Fest.

Köln, 10. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen

loco —, per März 20, 60, per Mai 20, 90. Roggen loco —, per März

15, 55, per Mai 15, 70. — Rüböl loco 63, 50, per Mai 60, 20. — Hafer

loco 14, 50. —

Hamburg, 10. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen

loco ruhig, holsteinischer 155—165, Roggen loco still, mecklen-

burgischer loco 165—175, russ. unverändert, loco 98—102. Rüböl fest,

loc 62 1/2. Spiritus geschäftlos, per Januar-Februar 20 1/4, per Febr.

März 20 1/2, per April-Mai 21 3/4, per Mai-Juni 21 7/8. — Wetter: Frost.

Amsterdam, 10. Januar. [Schlussbericht.] Weizen per März

208, per Mai 210. Roggen per März 125, per Mai 127.

Paris, 10. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen

ruhig, per

Die Verlobung unserer Tochter Marie mit dem Kaufmann Herrn Leo Werner aus Borek beeindruckt uns stets jeder besonderen Melbung hiermit anzugeben. [1272] Dobrzycia, den 6. Januar 1889. S. Markowicz und Frau Minna, geb. Fraenkel.

Die Verlobung seiner jüngsten Tochter Rudolphine mit dem Kaufmann Herrn Siegmund Zweig in Magdeburg beeindruckt sich ergebenst anzugeben. [172] T. Kreslawski, Alexanbrinestr. 80. Berlin S., 8. Januar 1889.

Rudolphine Kreslawski, Siegmund Zweig, Verlobte. Berlin. Magdeburg.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hoherfreut an Max Wagner und Frau [1269] Clara, geb. Cohn. Breslau, den 9. Januar 1889.

Durch die glückliche Geburt eines mutieren Knaben wurden wir uns statt jeder besonderen Melbung hiermit anzugeben. [1272] Breslau, den 9. Januar 1889.

Am 9. d. W. verstarb unser werther College, der Eisenbahnbetriebs-Sekretär Herr Ernst Pässler.

Obwohl derselbe nur kurze Zeit in unserem Kreise gewirkt hat, haben wir ihn doch seines beschiedenen und liebenswürdigen Wesens wegen achten und schätzen gelernt. [174]

Sein frühes Hinscheiden wird von uns aufrichtig betrauert. Breslau, den 10. Jan. 1889. Die Beamten der Calendatur der Königlichen Eisenbahndirection.

Zeltgarten.

Auftreten folgender Artisten: Miss Lotty, Kugel-Equilibristin; Fräulein Geschwister Edelweiss, Gesangs-Duettsängerin; Miss Andersen, Kopfequilibristin; Francois Rivoli, Ministrer; Fräulein Alexander, Belita, Sängerinnen; 3 Gebr. Lockford, Redfunksteller; Herr Schäffer und Fräulein Waldburg, Duettsänger, u. Herr Schwindzki, Komiker. Anfang 7½ Uhr. Entrée 60 Pf.

L. und T.

Tempora mutantur. [1262] Die Herzenswunde ist vernarbt. Hymen trifft Vorbereitungen.

Betti!!!

Brief wurde unter Ihrem vollen Vor- und Zusamen auch sonst genau unter angegebener Adresse postl. von hier abgesetzt und ist vielleicht verspätet angekommen.

Ich habe mich in Ziegenhals als Arzt niedergelassen und wohne im Hause des Herrn Bäckermeisters Galle, Reißerstraße Nr. 86. [624]

Dr. A. Schoenfeldt.

Schmerzlose Zahnerfraction, Bähne, Plomben, Nervöldien u. c.

Robert Peter, Dentist, Blücherplatz 13, am Nienbergshof.

Künstl. Zähne u. Plomben, billigste Preise. [884]

Paul Netzbandt, jetzt Schuhbrücke 77, Eingang auch Ring 30.

Zahnärztl. Poliklinik, Ohlauerstr. 38, Ecke Taschenstr. Sprechst. 8—9. Behandlg. unentgeltl.

Alfred Gutmann, prakt. Zahn-Arzt, Privat-Sprechst.: V. 9—12, 2—5 N.

Crauerhütte und Crauerkleider

empfiehlt
J. Schäffer, Schweißnitzerstraße Nr. 1 und 54, I. Stage. [734]

Heute Abend um 7½ Uhr im Musiksaal der Kgl. Universität:

I. Reuter - Vorlesung

von [163] Georg Riemenschneider. (Hanne Nüte. Läuschen. Ut de Franzosentid.)

Panorama, Bischoffstr. 3, I. Entr. 20 Pf., Kind. 10 Pf.

Diese Woche: Sächs. Schweiz und Dresden. [992]

Victoria-Theater.

Simmenauer Garten. Direction: C. Pleininger.

Heute: Neul. Breslauer Schönheits-Concurrenz,

Vocal-Posen-Pantomime in 1 Act mit Gesang, Tanz und lebenden Bildern. Vorkommende Tableaux:

1) Gretchen am Spinnrad. 2) Creolit. 3) „Allerweil fidel.“ 4) Favoritin. 5) Neujahrsgruß.

Mr. Changeux mit seinen Ulmer Riesen-Doggen und seiner dressirten

Hunde-Mente. Crassé.

Instrumental-Imitatoren. Turi und Toni Dare, Wiener Duettsänger.

Nen: [730] Affenstück am Lustapparat von The Francemors, Brothers Cromwell, Akrobaten, Miss Hilda, Schwungseiltänzerin. Yank-Hoe und Omene, orient. Illusionisten.

Tauer und Helene Meingold, Opern-Parodisten. Anfang 7½ Uhr. Entrée 60 Pf.

H. Tockus.

Julius Hainauer

BRESLAU
Schweidnitzerstrasse 52
im ersten Viertel vom Ringe.

Leihbibliothek für deutsche, französ. u. englische Literatur.

Novitäten - Leih - Institut.

Abonnements für Hiesige und Auswärtige gleich und zu den günstigsten Bedingungen können täglich beginnen. Prospekte gratis.

Grosse Auswahl

Flügel, Pianinos u. Harmoniums

Schiedmayer, Blüthner, Gerhardt, Hagspiel, Neumayer, Dörr u. s. w. [1286] zu billigen Preisen unter Garantie. Theilzahlungen.

Perm.

Ind.-Ausstellung, Schweidnitzer Str. 31, 1. Et.

Eleg. u. einf. Damen- u. Kinder-costumes werden zu soliden Preisen nach neuest. Façons angefertigt bei H. Kessel u. Körkel, Kupferschmiedef. 25.

Schlittschuhe.

Metall-Schrauben-Schlittschuhe mit Riemen, Paar v. Mk. 1,20 an, Halifax " 1,75 "

Damen-Halifax, " 2,25 " Club Paar Mk. 3,50

Mercur 4,50 und viele andere Sorten.

Schlitten.

Knaben-Reitschlitten v. M. 3,75 an Stuhlschlitten für Kinder 8,00 "

Stuhlschlitten für Erwachsene Stück „ 17,00 "

Schlittengeläute

mit vernickelten Glocken, Paar von Mk. 3,00 an, in grosser Auswahl. [715]

Preislisten

auf Wunsch gratis und franco.

Herz & Ehrlich,

Breslau.

Holl. Pracht-Austern

vom Bunder-See [702]

empf. täglich frisch

Alfr. Raymond's Weinhdg.

!!! Für die Ballaison !!!

Kleiderbefüsse in den schönsten Ausführungen, Kleiderstücke (herliche Abendsarben).

Metallegestücke Borduren. [733]

Albert Fuchs, Hosties, Schweißnitzerstr. 49.

Breslauer Consum-Verein.

Vineenzstraße Nr. 16

eröffneten wir unser

42. Waaren-Lager.

Die Direction. [180]

Chemnitzer Transit-Lagerhaus.

Ich eröffne am heutigen Tage mit Genehmigung der Königl. Stenerbehörde in meinem Lagerhaus mit Gleisverbindung am Centralgüterbahnhof

eine allgemeine öffentliche Niederlage für unverzollte Güter aller Art.

Nähere Informationen über Gebühren und Bedingungen bitte bei mir einzuholen.

Chemnitz, am 1. Januar 1889.

J. G. Schumann,

Spediteur.

Elkan & Co., Spediteure

STETTIN

Hamburg

London

[726]

55 Leadenhallstreet E C.

Schäffer's Kohlen-Anzünder,

Fabrik Klosterstr. 2. Telephon No. 59),

bequem, billiger als Holzunterzündung und dem Petroleum-unsug steuernd. Von vielen Behörden und Tausenden von Haushaltungen in Berlin und Breslau eingeführt.

25 Ko. Mk. 2,60. 50 Ko. Mk. 5,00 frei Haus.

In Quantitäten von 1 Kilo à 14 Pf. ab zu haben in den meisten Colonialwaaren- und Droguengeschäften.

Kgl. Preussische 179. Klassen-Lotterie

Hauptziehung vom 15. Januar — 2. Februar 1889.

Hauptgewinne: M. 600.000. 2×300.000.

2×150.000. 2×100.000. [307]

Originalloose: mit Bedingung der Rückgabe nach beendetem Ziehung resp. nach Gewinn-Empfang.

1 M. 200. 1½ M. 100. 1¼ M. 50. 1¾ M. 25. { Porto und Antheillose 1/8 M. 25. 1/16 M. 12,50. 1/32 M. 6,25. 1/64 M. 3,25. } 75 Pf.

empfiehlt und versendet D. Lewin, Berlin C., Spandauerbrücke 16. Teleg.-Adr.: Goldquelle Berlin. Planm. Gewinn-Auszahlung.

Prospekte gratis u. franco.

Schering's reines Malz-Extract

wurde in der „Grünen Apotheke“ bereits im Jahre 1863, also vor allen Concoursepräparaten, dargestellt, und hat seinen Ruf aus bestem Maße durch fortwährende Darstellung bereitet zu sein, sowie eine immer gleichmässige Zusammenfassung zu zeigen, stets bewahrt. Sein erheblicher Gehalt an stickstoffhaltigen Substanzen, sein hoher Gehalt an Kohlehydraten und phosphorhaltigen Salzen erhalten ihm einen hervorragenden Heilwert. Es ist mit einem ausgezeichneten Kräftigung und bewährt sich vorzüglich als Linderung bei Reizzuständen der Atemungs-

organe, bei Katarrh, Keuchhusten u. Blasen 75 Pf.

Malz-Extract mit Eisen gehört zu den am leichtesten angreifenden Mitteln, welche bei Blutarmuth (Blutschwäche) u. verordnet werden.

Malz-Extract mit Kalk. Erfolge gegen Nachitis (genannte englische Krankheit) gegeben und unterhält wesentlich die Knochenbildung bei Kindern.

Preis für beide Präparate: Flasche 1 M.

Schering's Grüne Apotheke BERLIN N., Chauffee-Strasse 19

Niederlagen in fast sämtlichen Apotheken und größeren Droghenhandlungen.

Brüderliche Bestellungen werden umgehend ausgeführt.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist bei der unter Nr. 406 eingetragenen Firma

G. Altscher zu Kleitschau bei Schweidnitz heut Nachstehend eingetragen worden: Spalte 6:

die Firma ist erloschen.

Schweidnitz, den 5. Januar 1889.

Königliches Amts-Gericht.

Abtheilung IV.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter laufende Nr. 182 die Firma

Ernst Carl Alker zu Königsbrücke und als deren Inhaber der Kaufmann Ernst Carl Alker zu Königsbrücke am 7. Januar 1889 eingetragen worden. [727]

Königsbrücke, den 7. Januar 1889.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Garderobenhändlers [729]

Julius Weich zu Breslau, Ohlauerstraße 73, Vb. N. 55. 88.

soll eine Abzugsverteilung von 10 Prozent aus dem verfügbaren Massenbestande von 1838 Mark 45 Pf. vorgenommen werden.

Nach dem auf der Gerichtsschreiberei, Zimmer 87, ausliegenden Verzeichniß sind die laut Tabelle VI festgestellten Forderungen im Gesamtbetrag von 13 424 Mark 65 Pf. hierbei zu berücksichtigen.

Dies wird gemäß § 139 der Reichs-Concurs-Ordnung zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Breslau, den 11. Januar 1889.

Johann Adolf Schmidt, Concursverwalter.

Bekanntmachung.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns

</div

Van Houten's Cacao.

Bester — Im Gebrauch billigster.

Ueberall zu haben in Büchsen à Rm. 3.30, Rm. 1.80, Rm. 0.95.

Zum 1. April er. ist an unserer evangelischen Elementarschule eine Lehrstelle neu zu besetzen.
Anfangsgehalt 900. Mark nebst Wohnungs- und Zusatzgehalt 100. Mark. Feuerungs- und Beleuchtungskosten sind zu übernehmen. Meldungen bitten spätestens 14 Tage. [679]
Waldenburg i. Sch., den 8. Jan. 1889.

Der Magistrat.

Verdingung
der Lieferung und Ausstellung des eisernen Trägerwerks für die Dombrücke. [712]
Verschlossene Angebote mit entsprechender Aufschrift sind bis zum Eröffnungstermin am 30. Januar 1889,
Borm. 11 Uhr, in dem Geschäftszimmer unserer Bau-Inspection des Ostbezirks, Elisabethstraße 10, II., Zimmer 31, abzugeben.

Die Verdingungs-Unterlagen können daselbst eingesehen und auch gegen Erstattung der Schreibgebühren bezogen werden.
Breslau, den 8. Januar 1889.

Der Magistrat
hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

Capitalist.
Gesucht werden 120- bis 150 000 Mark
zur Übernahme einer alten sehr rentablen Fabrik.
Capital wird hypothekarisch sicher gestellt und mit 6% verzinst.
Offerter unter Z. 94 in der Exped. der Bresl. Btg. [1243]

Ein seit mehr als 25 Jahren bestehendes Möbelmagazin, [166]

welches mit Erfolg in einer größeren Stadt der Provinz Breslau betrieben wird, ist wegen Ablebens des Besitzers bald preiswert zu verkaufen.

Die Stadt ist Sitz des Land- und Amtsgerichts, ist Garnisonstadt und besitzt ein Königl. Gymnasium und höhere Töchterchule.

Gefällige Offerter erbitte unter T. 701 an Rudolf Moßle, Breslau.

Meine in Guhrau, Kreis, Garnison und Bahnhofstation, auf der Hauptstraße gelegene [1241]

Conditorei und Bäckerei bin ich Willens zu verkaufen. Übernahme kann sofort oder später erfolgen. Anzahlung nach Über- einkommen.

Emil Möller, Guhrau, Reg.-Bez. Breslau.

Ein gut eingeführtes altes Agentur-Geschäft Manufacturaaren) welches 4-5000 Mk. sichere Einnahme gibt, ist frankheitlich zu verkaufen. Off. unt. H. G. 50 an Rudolf Moßle, Görlitz, erbeten.

Das von Herrn Königsberger 17 Jahre innegehabte Recht ist vom 1. April cr. anderweitig zu vergeben durch [1256]

M. Adler, Zaborze, Coatsplatz.

Prachtvoller Schellfisch, Dorsch, das Pfund 25 Pf., Bleie, das Pfund 45 Pf., Flusshecht, das Pfund 60 Pf.,

Backzander, Mittelzander, Grüne Heringe 10 Pfennige. [1283]

Paul Neugebauer Ohlauerstrasse 46.

Tyroler Apfel, edelste Sorten, [1287] das Pf. von 10 Pf. an, hochrothe Äpfelinen v. 70 Pf. bis 1 M. p. Dhd. empf.

Jacob Sperber, Graupenstraße 4/6.

Frischen Schellfisch empfiehlt [1281] E. Neukirch, Nikolaistraße Nr. 71.

Pferde-Auction. Am 16. Januar 1889, Vormittags 9 Uhr, verkaufe ich wegen Aufgabe meines Geschäfts im Wege der Auction [668]

10 starke, schwere Rangirpferde meistbietend gegen gleich baare Bezahlung.

Verw. Frau Simon Glaser, Baborze OS.

Sehr schönen frischen Schellfisch, Cabeljau, grüne Heringe, Zander, Hechte, Bratzander, Lachs, Aal, Steinbutt, Seezungen, lebende Schleien, Hechte, Karpfen, Hummern und Austern empfiehlt [1277]

E. Huhndorf, Schmiedebrücke 21. Filiale: Neue Schweidnitzerstr. 12.

Lebende

Hechte, Karpfen, Aale, Hummern, leb. frisch. Zander, Hecht,

ausgeschnitten per Pfund 50 Pf.,

Schellfisch, Cabeljau, Seezungen empfiehlt [1294]

Carl Schröder, Ohlauerstrasse 43.

Frische Hasen, halbe Hasen, Läuse, Rebwild und fette Puten empfiehlt billig [1285]

Derb's Wildhandlung, Kupferschmiedestr. 55/56.

Offerter auf rohen Flüsspath für hüttenmännische Zwecke wird erbettet unter H. 2202 an Haasestein & Vogler, Breslau.

Stellen-Anerbieten und Gesuche. Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Gesucht für Süd-Afrika eine geprüfte Erzieherin, evangelischer Konfession, gut musikalisch, der französischen Sprache mächtig, für 2 Mädchen in Alter von 15 und 14 Jahren. Religentinnen wollen sich dientlich, unter Einsend. ihrer Bezugsn. und Angabe der Gehaltsansprüche, baldigst melden bei [164]

Frau C. Mosenthal, Ernststr. 3, I.

1 Wirthschafterin, welche die kostherr. Küche gründlich versteht und einem kleinen Haushalt vorstehen kann, wird zum sofortigen Antritt gesucht.

Meldungen nebst Angabe der Gehaltsansprüche sind zu richten an

Julius Bernstein, Kattowitz OS.

Lüchtigen Verkäufer und eben solche [637]

Verkäuferin sucht gegen hohes Salair. J. Brenner, Ratibor. Buzk. Posamentier- und Weißwaren-Handlung.

Ein geb. Fräulein 23 J., a. gut. bürgerl. Familie, evang., will sich in der Leinen- und Wäsche-Branche ausbilden. Schles. Provinzialstadt hat den Vorzug. Betr. ist sehr fleißig, anpruchslos u. geschickt. Beding.: einf. möbl. Zimmer, Kost und Familienanschlag. Offer. nebst Pensionsbedg. unt. A. A. 138 an die Exped. der Bresl. Btg.

Bürgerl. Köchin. f. 16. Jan., Mädch. f. Alles empf. Bachur, Neuscheffr. 41.

Geb. Mädchen aus guter Familie, die Schneider. u. Putz. erl. hat, w. entsp. Stell. Gef. off. u. M. Busse Miloslaw.

Eine zuverlässige jüdische Köchin, die gleichzeitig als Stütze der Hausfrau dienen soll, wird bei gutem Gehalt per bald gesucht.

Heimann Fröhlich, Kattowitz OS.

Sonnabend streng geschlossen.

Für einen Knaben, Sohn anf.

Wird eine Lehre gesucht.

Gef. off. sub C. S. 141 Ann.

Exped. C. Schoenwald, Görlitz.

Verantwortlich: Für den politischen u. allgemeinen Theil: J. Seckles;

Ueberall zu haben in Büchsen à stets frisch am Lager Umbach & Kahl, Tächenstr. Nr. 21.

für meinen Nassen, einen schönen Knaben, der schon 1½ Jahr in einem Kurz- und Weizwaren-Geschäft als Lehrling thätig war, suche ich eine gute [142]

Lehrstelle. Offerten mit Angabe der Bedingungen erbettet. Max Eisner, Myslowitz.

Ein Lehrling wird für ein größeres Getreide- u. Saatgeschäft gesucht. Offerten unt. E. L. 1 Brief. der Bresl. Btg.

Lehrlings-Stelle suche in einem lebhaften christlichen Manufacturwaaren- u. Confections-Geschäft Mittel-Schlesiens für meinen 16 jährigen träftigen Sohn. Offerten bitte unter K. 5 in der Exped. d. Bresl. Btg. niederzulegen.

Vermietungen und Miethsgesuche. Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Für einen älteren Herrn wird ein Zimmer und Pension (virtuell) gesucht. Gef. Offerten unter A. Z. 2 Exped. der Bresl. Btg.

In guter Geschäftslage wird ein größeres Quartier, 8 Stuben, erste Etage, per 1. April oder 1. Juli d. J. zu mieten gesucht. [1271]

Offerten erbitte unter G. R. 9 in die Exped. der Bresl. Btg. [1293]

Sadowastraße 4 Wohn., 1. Et., 2 Zim., Tab., Küche ic., per 1. April zu vermieten. Räh. b. d. Haushälterin. [1157]

Ohlau-Ufer 26, 1. Et., Wohn., 5 Zim. ic., [1158] 2. Et., 4 Zim. ic., p. 1. April zu verm. "Räh. b. d. Haushälterin.

Albrechtsstr. 30 2 Zimmer, Küche, Entrée Seitenh., 3. Et., helle Wohnung, per 1. April an ruhige Leute zu verm. [1159]

Kupferschmiedestr. 49 ist der 3. Stock, 5 Zimmer, großes Cabinet, Küche ic., für Ostern zu vermieten. [169]

Hintermarkt 2 ist die 2. Etage, freundl. Wohnung, 5 Zimmer, Küche, Mäbchengab., großes Entrée, reichl. Beigelaß, v. 1. April ab zu verm. Näheres daselbst bei Aug. Heyn.

Schillerstr. 16 sind hochgeante Wohh., 1. Etage zu 10 oder 5 Zim., 2. Et., 5 Zim., 3. Et., 4 Zimmer, per bald oder Ostern.

Elisabethstr. 3 eine Wohnung im ersten Stock zu verm. Näheres 2. Etage. [1289]

1 Fleischerladen n. Gesch.-Stell. u. Wohn. sind Friedr.-Wilhelmsstr. 31, Laden u. B. f. 80. Gr. Fürstengr. 1. Zimmerstr. 12 i. Hochleg. herrlich. [1200] W. Ost. v. Räh. b. Kalisch, Grünstr. 28a.

Kupferschmiedestr. 48 ist ein geräumiger Laden mit Comptoirzimmer, auch mit oder ohne kleinere Wohnung, bald oder für später zu vermieten. [168]

Große helle Fabrikräume sind zu vermieten Hirschstraße 10, parterre rechts. [1278]

Sehr schöne Keller, Straßen-Eing., an Ohlauerstr., spottig zu verm. unter N. 19 hauptpostl.

Ernststraße 5 ist die elegant eingerichtete 2. Etage, bestehend aus 10 Zimmern, Badezimmer und Beigelaß, ganz oder geteilt, preiswürdig zu vermieten. Näheres Schweidnicherstraße 5, Eingang Junkerstraße, bei Carl Chrambach. [1288]

Nicolai-Stadtgraben 25/26 sind parterre, 1. und 3. Etage Wohnungen, aus 3 resp. 6 und 3 Zimmern nebst Beigelaß bestehend, zu vermieten. [1173]

1. u. 2. Etage je 6 Zimmer, 1 Küche, 1 Cabinet, zu vermieten Weidenstraße 2.

Telegraphische Witterungsberichte vom 10. Januar. Von der deutschen Seewarte zu Hamburg. Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort Bar. B. 0 Gr. u. d. Meerestiefe in Millim. Temperat. in Celsius-Graden. Wind. Wetter. Bemerkungen.

Mullaghmore. 751 -1 NO 7 wolkg.

Aberdeen.... 739 -1 W bedeckt.

Christiansund. 755 -2 OSO 1 wolkg.

Kopenhagen.... 760 -1 OSO 4 Nebel.

Stockholm.... 765 -1 SO 2 bedeckt.

Haparanda.... 773 -7 SO 2 bedeckt.

Petersburg.... 774 -8 SO 3 bedeckt.

Moskan.... 777 -1 SO 1 bedeckt.

Cork, Queenst. 755 4 NW 4 heiter.

Cherbourg.... 748 5 NW 3 bedeckt.

Heider.... 749 2 SO 1 wolkg.

Sylt.... 754 -2 OSO 3 Dunst.

Hamburg.... 754 -5 OSO 4 Dunst.

Swinemünde.... 760 -5 OSO 4 bedeckt.

Newfahrwasser 762 -14 SSO 1 Nebel.

Memel..... 765 -10 O 3 Nebel.

Paris..... 749 -3 SW 2 wolkg.

Münster..... 752 1 ONO 1 bedeckt.

Karlsruhe.... 753 -1 still Regen.

Wiesbaden.... 753 2 still Regen.

München.... 754 -2 SO 4 wolkg.

Chemnitz.... 757 -1 SO 5 bedeckt.

Berlin.... 757 -6 OSO 4 h. bedeckt.

Wien.... 761 -5 SO 1 bedeckt.

Breslau.... 779 -9 SO 3 wolkenlos.

Isle d'Aix.... 756 7 WWN 6 heiter.

Nizza..... 757 6 O 4 bedeckt.

Triest..... 777 4 still Regen.

Scala für die Windstärke: 1 = leicht Zug, 2 = leicht, 3 = schwach

4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm

10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Übersicht der Witterung.

Eine schmale Zone niedrigen Luftdruckes erstreckt sich von den Faröern südwärts nach Frankreich; an ihrer Westseite wehen starke,

stellenweise stürmische nordwestliche, an der Ostseite meist schwache